



**Dietmar Hobler, Stefan Reuß
unter Mitarbeit von Alexander Kanamüller**

Qualität und Quantität, bitte!

Einstellungen zur staatlichen Verantwortung
in der Kindertagesbetreuung

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Dietmar Hobler (Dipl.-Soz.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SowiTra mit den Arbeitsschwerpunkten geschlechtsbezogene Arbeitsmarktanalysen und Entgeltungleichheit.

Stefan Reuyß (Dipl.-Soz.) ist Geschäftsführer von SowiTra mit den Arbeitsschwerpunkten Arbeit und Gender sowie Vereinbarkeit.

Alexander Kanamüller studiert Soziologie (MA, LMU München) und absolviert derzeit ein Praktikum bei SowiTra.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Max Ostermayer ist in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik für den Arbeitsbereich Alterssicherung verantwortlich und betreut im Rahmen des Projekts „gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus“ das Thema „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

**Dietmar Hobler, Stefan Reuyß
unter Mitarbeit von Alexander Kanamüller**

Qualität und Quantität, bitte!

Einstellungen zur staatlichen Verantwortung
in der Kindertagesbetreuung

3	VORWORT
5	KURZFASSUNG
6	1 EINLEITUNG
7	2 STAATLICHE VERANTWORTUNG IN SOZIALPOLITISCHEN AUFGABENFELDERN
7	2.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Aufgabe des Staates
8	2.2 Wer betont die staatliche Verantwortung für die Vereinbarkeit?
10	3 ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN IN DIE KINDERBETREUUNG
10	3.1 Mehr Geld für Kleinkindbetreuung und Kindergeld gewünscht
11	3.2 Breiter Konsens für höhere Investitionen in Kitas
12	3.3 Wer will höhere Staatsausgaben für das Kindergeld?
16	4 WÜNSCHE: KOSTENFREIE KITA UND BESSERE BETREUUNGSQUALITÄT
16	4.1 Wunsch nach kostenloser Kleinkindbetreuung in Kitas
16	4.2 Mehr Qualität in der Kinderbetreuung als staatliche Aufgabe
20	5 KOSTENLOSE DIENSTLEISTUNGEN STATT HÖHERER GELDLLEISTUNGEN?
22	6 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK
24	7 ANHANG
27	Abbildungsverzeichnis
27	Literaturverzeichnis

VORWORT

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zweifellos eines der wichtigsten sozialpolitischen Gegenwarts- und Zukunftsthemen. Die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Projektes „gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus“ durchgeführt hat, haben das eindrucksvoll bestätigt: Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine modernere Politik, die Paaren eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit ermöglicht und die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben endlich in die Realität umsetzt.

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. So war und ist es eines der zentralen politischen Projekte, das Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für Kleinkinder flächendeckend auszubauen. Auch wenn dabei bereits Erfolge erzielt wurden, ist noch ein weiter Weg zu gehen. Obwohl seit 2008 die Betreuungsquote für Kinder unter sechs Jahren stetig gestiegen ist, ist der Bedarf an Betreuungsplätzen in vielen Regionen noch immer nicht gedeckt. Das gilt vor allem für die unter Dreijährigen. Aber nicht nur die Quantität der Kitaplätze ist nach wie vor von Bedeutung. Auch die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuungsangebote steht im Fokus der Debatte und wird im Rahmen einer weiteren Studie im Projekt gute gesellschaft soziale demokratie 2017plus aufgegriffen werden, die Ende November 2016 erscheinen wird.

Damit verbunden stellt sich auch die Frage nach einer Neujustierung der Finanzmittel in der Familienpolitik. In Deutschland, das klassischerweise dem konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell zugeordnet wird, werden Betreuungsleistungen nach wie vor zu einem großen Teil durch Familienmitglieder und nicht von staatlichen Institutionen erbracht. Geldleistungen spielen im Vergleich zu Sachleistungen eine größere Rolle. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung scheint sich dieses Verhältnis nun in Richtung Sachleistungen zu verschieben.

Die vorliegende Veröffentlichung geht auf Basis der Daten der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ der Frage nach, welche Erwartungen die Bevölkerung an den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung von Kleinkindern hat. Neben den Einstellungen zu Quantität und Qualität der Betreuungsangebote wird auch die politisch

oft diskutierte Frage der Beitragsfreiheit in den Fokus genommen. Dabei wird deutlich, dass die Forderung nach dem Ausbau kostenfreier Tagesbetreuung für Kleinkinder schichtübergreifend hohe Zustimmungsraten erfährt. Ein Großteil der Bevölkerung räumt Investitionen in diesem Bereich eine sehr hohe Priorität ein. Es zeigt sich aber auch, dass das Kindergeld nach wie vor eine wichtige Rolle im familienpolitischen Mix aus Sach- und Geldleistungen erfüllt. Besonders für Familien mit geringem Einkommen bildet es einen wichtigen Bestandteil des gesamten Haushaltseinkommens und ist deshalb für die Vermeidung von Kinderarmut von großer Bedeutung.

Die Studie kontextualisiert diese Befunde mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Befragten und formuliert nach differenzierter Betrachtung politische Empfehlungen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass aus den Augen der Bevölkerung weitere Anstrengungen bei der Tagesbetreuung von Kleinkindern gewünscht werden, bei denen aber gerade die sozialpolitischen Umverteilungseffekte, die durch eine Verschiebung im Gefüge zwischen Geld- und Sachleistungen entstehen können, nicht außer Acht gelassen werden sollten.

MAX OSTERMAYER

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

KURZFASSUNG

In Deutschland ist der Ausbau der Tagesbetreuung für Kleinkinder in den vergangenen Jahren stark vorangetrieben worden. Eines der erklärten Ziele dabei war und ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Während das politische Ziel zumeist viel Zustimmung erfährt, wird an der Umsetzung des Ausbaus kritisiert, dass die Qualität der Einrichtungen hinter der Quantität im Ausbau zurückbleibe. Ein weiterer Kritikpunkt sind die teilweise gravierenden regionalen Unterschiede bei den Kosten von Kitaplätzen. Mit einem weiteren Ausbau der öffentlichen Kleinkindbetreuung sind daher verschiedene politische Fragen verknüpft, auf die die vorliegende Kurzexpertise erste Antworten geben will.

Dies betrifft einerseits Fragen der Kosten, vor allem die Frage, wie der Ausbau finanziert und wie stark er vor anderen sozialpolitischen Zielsetzungen priorisiert werden soll. Auch die Frage, ob der Zugang zu den Kindertagesstätten (Kitas) beitragsfrei sein soll, steht dabei zur Debatte.

Andererseits scheint noch weitgehend unklar, welche Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung vorherrschen, durch den der bisherige Mix zwischen Sach- und Geldleistungen in der deutschen Familienpolitik verändert würde. Hier stellt sich die konkrete Frage, wie der beste Mix zwischen Sach- und Geldleistungen in der Familienpolitik aussehen müsste, um einen – möglichst kostenfreien – Zugang zu qualitativ hochwertiger Tagesbetreuung zu ermöglichen, ohne die finanzielle Unterstützung von Familien mit niedrigen Einkommen zu reduzieren.

Die Kurzexpertise zum Thema „Qualität und Quantität, bitte!“ liefert empirische Befunde über die Einstellungen der Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten des Zugangs zur Tagesbetreuung von Kindern. Die empirischen Befunde basieren auf den Daten einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung unter 2.000 Personen in Deutschland, die die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Rahmen des Projektes „gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus“ erheben ließ.

Auf der Basis deskriptiver Analysen kann gezeigt werden, dass die große Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine wichtige politische Aufgabe bewertet, für deren Verbesserung sie den Staat in der Verantwortung sieht. Für mehr staatliche Investitionen in Kitas plädieren mehr als drei Viertel der Befragten. Damit be-

steht ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens über den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland. Demgegenüber fordert nur etwa jede_r zweite Befragte höhere staatliche Ausgaben für das Kindergeld. Diese Befunde zu familienpolitischen Leistungen belegen, dass die Bevölkerung den Ausbau staatlicher Dienstleistungen stärker befürwortet als eine Erhöhung der (direkten) Geldleistungen an Familien.

Sehr hohe Zustimmung finden in der Bevölkerung auch die Forderung nach kostenlosem Zugang zu Kitas (83 Prozent) und der Wunsch nach Verbesserung der Betreuungsqualität durch den Staat (88 Prozent). Beides – kostenloser Zugang zu Kitas und Verbesserung der Betreuungsqualität durch den Staat – wird besonders von jenen Befragten häufiger eingefordert, die auch höhere staatliche Ausgaben für Kitas fordern. Einen kostenlosen Zugang zu Kitas bei gleichzeitiger Konstanthaltung der Ausgaben für Kindergeld befürworten fast drei Viertel der Befragten. Jede_r Vierte lehnt diesen Vorschlag aber ab. In der Mehrheit handelt es sich dabei um Frauen und Männer mit niedrigem Schulabschluss – und wahrscheinlich niedrigeren Haushaltseinkommen. Zu diesem Ergebnis passt auch, dass ein Großteil dieser Bildungsgruppe sich ebenfalls für mehr Kindergeld ausgesprochen hat.

Insgesamt belegen die Ergebnisse damit eine große Zustimmung zu einem weiteren Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und zu einer Verbesserung ihrer Qualität durch den Staat. Auch der kostenlose Zugang zur Kita wird von einer großen Mehrheit unterstützt. Dennoch sollte auch die Bedeutung der Geldleistungen im Bereich der Familienpolitik nicht übersehen werden, denn besonders für Befragte mit niedrigem Einkommen scheint das Kindergeld einen unverzichtbaren Teil ihres Haushaltseinkommen darzustellen.

1

EINLEITUNG

Seit 1.8.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr eines Kindes. Und mit dem Beginn des starken Ausbaus der Kleinkindbetreuung ab 2008 ist auch bei der Nutzung der Betreuungsmöglichkeiten ein starker Anstieg festzustellen: Die Betreuungsquote der Zwei- bis Dreijährigen hat sich von 2008 bis 2014 von 34 auf 60 Prozent fast verdoppelt. Auch für die Gesamtgruppe der Kleinkinder unter drei Jahren ist die Betreuungsquote im gleichen Zeitraum stark angestiegen – von 18 auf 32 Prozent (BMFSFJ 2014: 102). Trotz des starken Ausbaus kann der aktuelle Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bislang nicht gedeckt werden. Für das Jahr 2014 wurde er auf 41,5 Prozent geschätzt (BMFSFJ 2015: 9). Damit klafft zwischen Betreuungsquote und dem eigentlichen Bedarf immer noch eine Lücke von fast zehn Prozentpunkten.

Zudem wird immer häufiger bemängelt, dass die Qualität der Einrichtungen hinter dem rein quantitativen Ausbau zurückbleibe. Doch was wünschen sich Familien hinsichtlich der öffentlich geförderten Kinderbetreuung, und welchen Stellenwert nimmt das Thema im direkten Vergleich mit anderen staatlichen Aufgaben ein?

In der hier vorliegenden Kurzexpertise wird das Thema eines stärkeren Ausbaus der Kleinkindbetreuung anhand einer ganzen Reihe von Fragen bearbeitet, die im Rahmen der im Auftrag der FES im Dezember 2015 durchgeführten, repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ gestellt wurden.¹

Zunächst geht es um die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vergleich zu anderen politischen Aufgaben. Zentral ist dabei die Frage, in welchem Maße der Staat als verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen wird (Kap. 2.1). Im Anschluss daran wird herausgearbeitet, welche sozialen Gruppen die staatliche Verantwortung für die Vereinbarkeit besonders betonen (Kap. 2.2). Die Wünsche nach höheren Ausgaben in mehreren Politikbereichen und insbesondere für Kitas und das Kindergeld werden in Kap. 3.1. dargestellt. Daran anschließend wird analysiert, welche soziodemografischen Merkmale die Forde-

rung nach (deutlich) höheren Staatsausgaben für Kitas und für das Kindergeld beeinflussen (Kap. 3.2 und Kap. 3.3). Das darauffolgende Kapitel widmet sich dann zwei Aspekten der Kleinkindbetreuung, die Hinweise für mögliche politische Interventionen geben können: der Wunsch nach kostenloser Kleinkindbetreuung (Kap. 4.1) und der Anspruch an den Staat, dass dieser für höhere Qualität in der Kleinkindbetreuung sorgen solle (Kap. 4.2). Im letzten Kapitel wird schließlich eine Frage aus der Erhebung analysiert, die das politische Dilemma begrenzter finanzieller Mittel für familienpolitische Maßnahmen aufgreift: Hier wird eine Entscheidung für kostenfreie Kitas an die Bedingung geknüpft, dass die Geldleistungen für Familien nicht steigen sollen (Kap. 5). Die Kurzexpertise schließt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und einigen daraus ableitbaren politischen Handlungsempfehlungen (Kap. 6).

Für die Analyse wurden neben den individuellen, soziodemografischen Grundkategorien wie Geschlecht, Alter und schulisches Bildungsniveau auch Merkmale des Haushaltes berücksichtigt, z. B. ob minderjährige Kinder im Haushalt leben sowie die Region des Wohnortes. Die Überprüfung auf regionale Unterschiede empfiehlt sich für die hier untersuchten Fragen besonders, weil bei der institutionellen Kleinkindbetreuung weiterhin große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen. Schließlich waren auch zwischen Frauen und Männern für einzelne Fragen deutliche Unterschiede zu erwarten, sodass bei allen Fragen auch nach Geschlecht getrennte Analysen durchgeführt wurden.

Bei der Interpretation der empirischen Befunde ist zu beachten, dass die Ergebnisse auf deskriptiven Analysen beruhen.² Der eigentliche Test in Form von multivariaten Analysen (unter gleichzeitigem Einbezug sämtlicher Drittvariablen) steht damit noch aus. Gleichwohl können die Ergebnisse der Kurzexpertise als weitgehend gesichert gelten.³ In den Grafiken zu den einzelnen Analysen werden jeweils die signifikanten bivariaten Ergebnisse dargestellt.⁴

² Im Anhang gibt es weitere Hinweise zur Interpretation der Ergebnisse.

³ Die einzelnen deskriptiven Analysen wurden zusätzlich nach weiteren möglichen Einflussfaktoren geschichtet.

⁴ Sofern in den Grafiken auch Verteilungen dargestellt werden, die nicht signifikant sind, wird darauf hingewiesen.

¹ Im Anhang gibt es weitere Informationen zur Datenbasis.

2

STAATLICHE VERANTWORTUNG IN SOZIALPOLITISCHEN AUFGABENFELDERN

Die folgenden Abschnitte nehmen die Rolle des Staates in Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Verantwortung für die Kinderbetreuung in den Fokus. Beide Aspekte werden mit der Verantwortung in weiteren staatlichen Aufgabenbereichen in Bezug gesetzt und differenziert nach verschiedenen soziostrukturellen Merkmalen betrachtet.

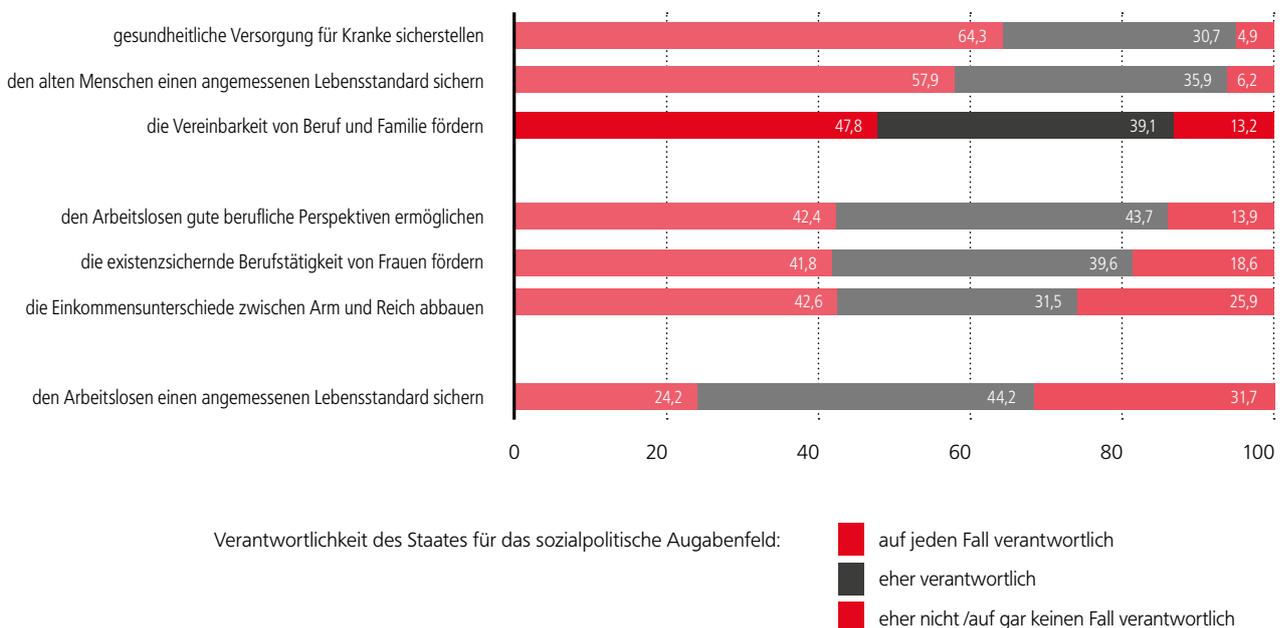
2.1 VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF ALS AUFGABE DES STAATES

Auf die Frage nach der Verantwortlichkeit des Staates für sieben unterschiedliche Bereiche rangiert die Förderung der

Vereinbarkeit von Familie und Beruf an dritter Stelle (siehe Abb. 1). Immerhin jede_r zweite Befragte sieht bei dieser Aufgabe den Staat auf jeden Fall als verantwortlich an. Weitere 40 Prozent der Befragten erachten hierbei den Staat als eher verantwortlich. Nur etwa jede_r achte Befragte ist der Meinung, dass der Staat nicht oder auf keinen Fall für die Erhöhung der Vereinbarkeit verantwortlich ist.

Damit bewerten sechs von sieben Befragten die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als ein Aufgabenfeld, für das der Staat mindestens eine Mitverantwortung trägt. Eine noch stärkere Verantwortung des Staates sehen die Befragten nur im Bereich der gesundheitlichen Versorgung und bei der Alterssicherung.

Abbildung 1
Verantwortlichkeit des Staates für einzelne sozialpolitische Aufgabenfelder



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Eine – im Vergleich zur Vereinbarkeit – geringere Verantwortung des Staates sehen die Befragten für folgende Bereiche: die Schaffung beruflicher Perspektiven für Arbeitslose, die Förderung einer existenzsichernden Berufstätigkeit von Frauen und den Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich. Am geringsten ist die staatliche Verantwortung den Befragten zufolge bei der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards von Arbeitslosen. Für die Beurteilung der Verantwortlichkeit des Staates ergeben sich zwischen West- und Ostdeutschland nur geringe Unterschiede.⁵

Die zunehmende Bedeutung der staatlichen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird auch in anderen repräsentativen Befragungen hervorgehoben, z. B. im Monitor Familienleben, einer vom Allensbacher Institut für Demoskopie jährlich durchgeführten Umfrage. Fast die Hälfte der Befragten wertete das Thema Vereinbarkeit in den vergangenen Jahren als bedeutsame politische Aufgabe. Das Thema zählte stets zu den zehn wichtigsten politischen Aufgaben. Noch höher rangierte das Thema der Förderung von jungen Familien, das von etwa zwei Dritteln der Befragten genannt wird (IfD Allensbach 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013).⁶

Die besondere Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich beim Monitor Familienleben: Bei der Frage nach den Schwerpunkten, die in der deutschen Familienpolitik gesetzt werden sollten, wird das Thema der Vereinbarkeit in (fast) allen Jahren am häufigsten genannt – mit einem Anteil von zwei Drittel bis drei Viertel. Zu den familienpolitischen Schwerpunkten zählen die Befragten auch die Förderung junger Familien und den Ausbau des Angebots an Kinderkrippen (IfD Allensbach 2008, 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014). Die Autor_innen der Familienstudie „Vereinbarkeit wagen!“ (A.T. Kearney 2015: 3) betonen daher auch, „wie wichtig es ist, trotz aller Anstrengungen das große Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland zu erreichen. Menschen sollen Lust auf Familie haben und gleichzeitig ihr wirtschaftliches Auskommen sichern können, ohne über ihre persönlichen Belastungsgrenzen hinauszugehen.“

In dieses Gesamtbild fügen sich die hier gewonnenen Erkenntnisse über die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas Vereinbarkeit sehr gut ein. Auch diese Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung den Staat beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Verantwortung sieht. Zwar wird die Verantwortung des Staates in anderen Bereichen wie der medizinischen Versorgung und der Alterssicherung noch höher eingeschätzt. Dennoch zählt Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den wichtigsten Aufgaben des Staates und wird, wie andere Studien zeigen, im Bereich der Familienpolitik sogar als wichtigste Aufgabe bewertet.

⁵ Allerdings erachten die Befragten in Ostdeutschland den Staat insgesamt häufiger als verantwortlich für die genannten Bereiche. Die Rangfolge der Bereiche ist in Ostdeutschland weitgehend identisch, jedoch wird der Staat stärker als in Westdeutschland in der Verantwortung gesehen, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen.

⁶ Den Ergebnissen der zitierten Befragungen zufolge wurde als wichtigste politische Aufgabe in Deutschland in allen Jahren die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erachtet. An zweiter Stelle rangierte zumeist das Thema der Rentensicherung. Als weitere zentrale Aufgaben der deutschen Politik wurden zumeist wirtschaftspolitische Themen genannt.

2.2 WER BETONT DIE STAATLICHE VERANTWORTUNG FÜR DIE VEREINBARKEIT?

Auf der Grundlage der deskriptiven Analysen können erste Aussagen darüber gemacht werden, welche sozialen Gruppen den Staat für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders in der Verantwortung sehen: Frauen sind generell häufiger als Männer dieser Meinung, denn mehr als jede zweite Frau in Deutschland hält den Staat bei diesem Thema für „auf jeden Fall verantwortlich“ und ein weiteres Drittel der Frauen meint, dass der Staat diesbezüglich immerhin „eher verantwortlich“ ist. Nur jede zehnte Frau findet, dass der Staat für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie „eher nicht“ oder „auf gar keinen Fall verantwortlich“ ist (siehe Abb. 2).

Auch Eltern von minderjährigen Kindern meinen häufiger als Frauen und Männer ohne (minderjährige) Kinder, dass der Staat verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Dass die Beantwortung dieser Frage in einem starken Zusammenhang mit Elternschaft und Geschlecht steht, zeigt sich am eindrücklichsten in der gruppenspezifischen Kombination beider Faktoren: Mehr als 96 Prozent der Mütter halten den Staat für verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, während dies nur auf etwas mehr als 80 Prozent der Männer ohne (minderjährige) Kinder zutrifft.

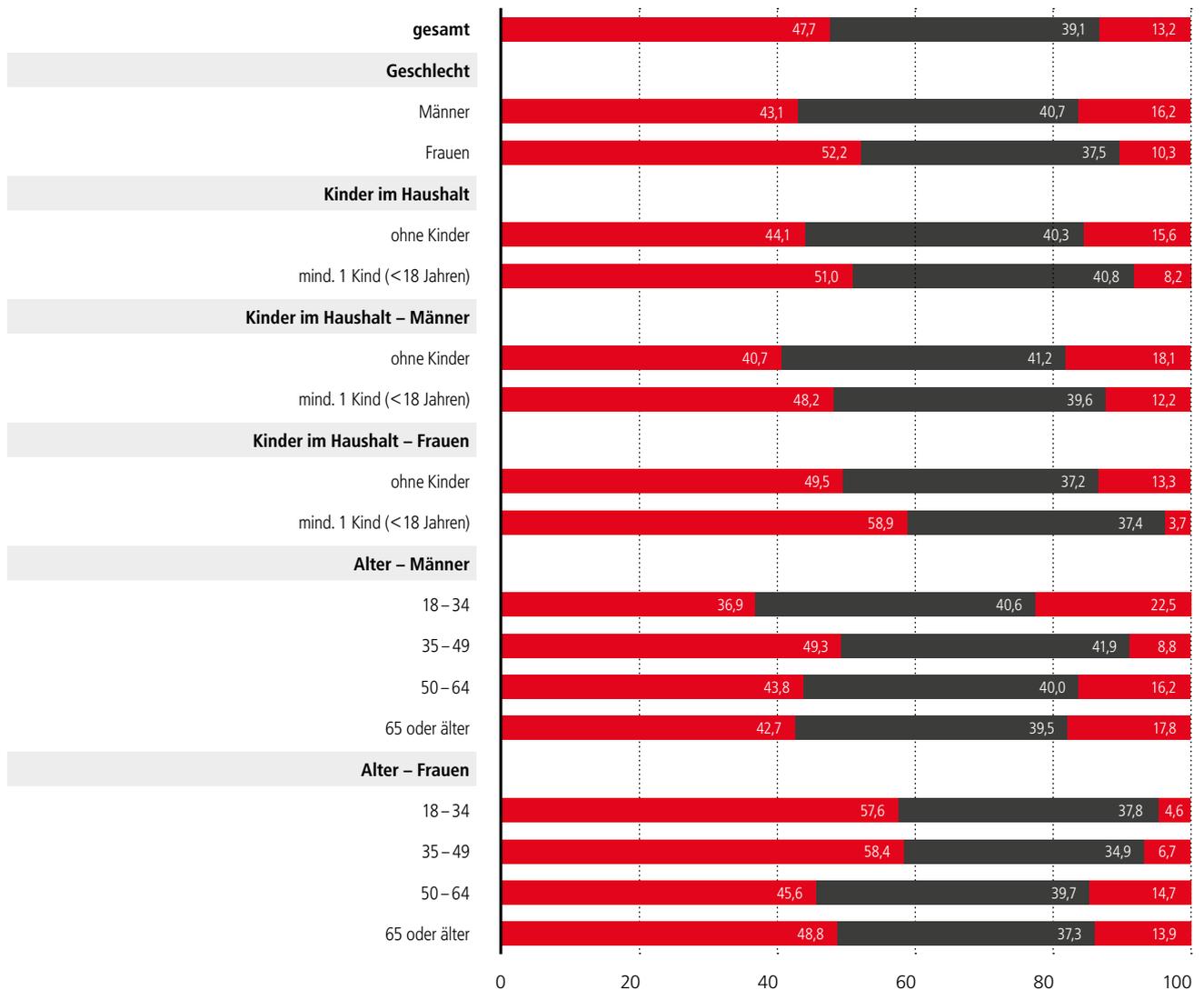
Der Einfluss von Elternschaft und Geschlecht zeigt sich auch deutlich, wenn man Frauen und Männer nach Altersgruppen differenziert: Frauen in den Altersgruppen 18–34 und 35–49 Jahre sowie Männer der Altersgruppe 35–49 Jahre geben häufiger als ältere Frauen und Männer an, dass sie den Staat als besonders verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit erachten (siehe Abb. 2).⁷

Bemerkenswert ist zudem, dass die Frage der Vereinbarkeit im West-Ost-Vergleich nur geringe Unterschiede offenbart (Ergebnis nicht abgebildet). Damit halten West- wie Ostdeutsche den Staat in ähnlichem Maße für verantwortlich, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dies ist interessant, da aus historischer Sicht Ostdeutsche eine nichtheimische (Klein-)Kinderbetreuung schon lange als weniger problematisch erachten als Westdeutsche (Scheuer/Dittmann 2007: 4) und dementsprechend auch öffentliche Betreuungsangebote stärker in ihre Lebensplanung miteinbeziehen (Hank et al. 2004: 236–240). Das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat also demnach – historisch betrachtet – in Ostdeutschland eine stärkere Bedeutung als in Westdeutschland. Wie die hier vorgenommenen Analysen zeigen, sehen allerdings interessanterweise die Letzteren den Staat genauso stark in der Verantwortung, wenn es darum geht, Frauen und Männer bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Die Ergebnisse sind anschlussfähig an die bisherige Forschung zur Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Auch im Monitor Familienleben bewerten Eltern – und be-

⁷ Bei den Männern ist kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Alter und der Frage nach der Verantwortung des Staates für die Vereinbarkeit festzustellen, wohl aber bei den Frauen. Allerdings zeigen weitergehende Analysen, dass der „Alterseffekt“ bei den Frauen auf den höheren Anteil an Müttern unter den jüngeren Frauen zurückgeführt werden kann.

Abbildung 2
Verantwortlichkeit des Staates, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern



der Staat ist für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- auf jeden Fall verantwortlich
- eher verantwortlich
- eher nicht/auf gar keinen Fall verantwortlich

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

sonders Alleinerziehende oder berufstätige Mütter – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch etwas häufiger als wichtiges familienpolitisches Thema als andere Gruppen (vgl. IfD Allensbach 2012, 2013).

Trotz der erkennbaren Unterschiede bei der Bewertung durch verschiedene Gruppen bleibt das wichtigste Ergebnis, dass das Thema in der gesamten Bevölkerung einen hohen Stellenwert einnimmt.

3

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN IN DIE KINDERBETREUUNG

In diesem Kapitel werden die Einstellungen gegenüber den staatlichen Ausgaben für einzelne politische Bereiche thematisiert. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die Befragten die bisherigen staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuung und Kindergeld für ausreichend halten oder ob sie für höhere Ausgaben bzw. für eine Kürzung der Ausgaben plädieren.

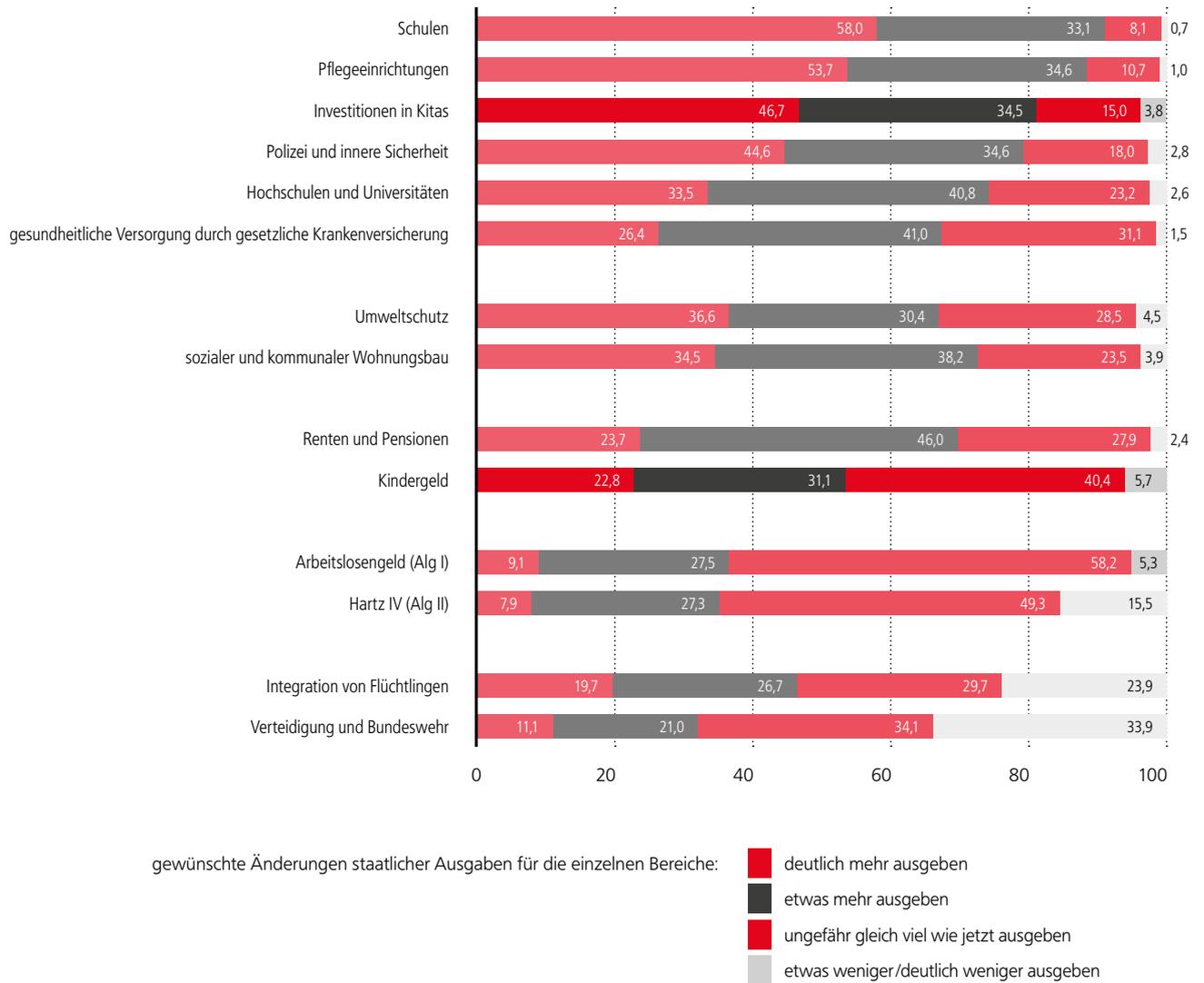
3.1 MEHR GELD FÜR KLEINKINDBETREUUNG UND KINDERGELD GEWÜNSCHT

Die Frage nach einer Veränderung staatlicher Ausgaben für einzelne Bereiche lässt erkennen, dass in den meisten Bereichen jeweils eine deutliche Mehrheit die Erhöhung der Ausgaben befürwortet (siehe Abb. 3). Aufgrund der hohen Zustimmungswerte für mehr Staatsausgaben in den meisten Bereichen ist die Rangfolge und sind die damit verbundenen relativen Unterschiede für eine Abschätzung bei der Priorität einzelner Bereiche besonders interessant.

Bei der Frage nach einer Erhöhung oder Verminderung staatlicher Ausgaben für einzelne Bereiche lässt sich ein deutliches Muster erkennen:

- Nur ein Viertel der Befragten fordert eine deutliche Erhöhung staatlicher Geldleistungen für Renten und Pensionen sowie das Kindergeld. Für die Renten und Pensionen würde immerhin fast noch die Hälfte der Befragten zumindest eine leichte Steigerung der staatlichen Ausgaben präferieren, während dies weniger als ein Drittel für das Kindergeld angibt.
 - Sehr viel weniger Befragte sprechen sich hingegen für eine deutliche oder überhaupt für eine Erhöhung staatlicher Ausgaben für Arbeitslose aus. Nicht einmal jede_r zehnte Befragte würde hier eine starke Erhöhung staatlicher Ausgaben präferieren, und jeweils ein starkes Viertel erachtet für diese Gruppe zumindest eine leichte Erhöhung staatlicher Ausgaben für angemessen. Für eine Kürzung des Arbeitslosengeldes II spricht sich hingegen jede_r sechste Befragte aus.
 - Auch für die Aufgabenbereiche der Integration von Flüchtlingen befürwortet weniger als die Hälfte der Befragten mehr staatliche Ausgaben, für die Bundeswehr nicht einmal jede_r Dritte. Für beide Aufgabenbereiche fordern viele der Befragten sogar eine Kürzung staatlicher Ausgaben: Fast ein Viertel der Befragten möchte dies für den Bereich der Flüchtlingsintegration, und für die Bundeswehr will dies sogar ein Drittel der Befragten.
- Die Ergebnisse stellen ein klares Votum der Bevölkerung für mehr staatliche Investitionen im Bereich der Kleinkindbetreuung dar: Vier von fünf Befragten sind prinzipiell dafür, dass der Staat mehr Geld in Kitas investiert, und jede_r zweite Befragte wünscht sich dabei sogar deutlich höhere staatliche Ausgaben für Kleinkindbetreuung. Nur etwa jede_r Siebte ist der Meinung, dass die staatlichen Ausgaben in diesem Bereich so bleiben sollten wie bisher. Nicht einmal eine_r von 20 Befragten möchte die staatlichen Ausgaben für Kitas kürzen. Im Vergleich aller 14 hier ausgewählten Bereiche stehen die Investitionen in Kitas an dritter Stelle, gleich hinter den Pflegeeinrichtungen und den Schulen und noch vor den Bereichen Polizei und innere Sicherheit, den Hochschulen und Universitäten sowie der Gesundheitsversorgung. Damit ist zu konstatieren: Der Wunsch nach größeren staatlichen Investitionen in die Kleinkindbetreuung ist gesellschaftlicher Konsens.
- Der Wunsch nach einer Erhöhung staatlicher Ausgaben findet sich vor allem für die (meisten) Bereiche, die zu den Kernaufgaben des Staates zählen: Bildungseinrichtungen, Versorgung von Kranken und innere Sicherheit. Der Vergleich der Anteile der Befragten, die eine deutliche Erhöhung staatlicher Ausgaben fordern, lässt hier eine klare Rangfolge erkennen: Mehr als jede_r zweite Befragte wünscht sich dies für Schulen und Pflegeeinrichtungen. Annähernd jede_r Zweite befürwortet deutlich mehr staatliche Investitionen in Kitas sowie in Hochschulen und Universitäten. Immerhin noch jede_r Vierte ist für eine deutliche Erhöhung staatlicher Ausgaben im Bereich der gesundheitlichen Versorgung durch die gesetzliche Krankenversicherung.
 - Als wichtige gesellschaftliche Aufgabengebiete, für die jeweils mehr als ein Drittel der Befragten eine deutliche Erhöhung staatlicher Ausgaben fordert, sind zudem der Umweltschutz und der soziale und kommunale Wohnungsbau herauszustellen.

Abbildung 3
Gewünschte Änderungen staatlicher Ausgaben in einzelnen Bereichen



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Im Vergleich dazu sind viel weniger Befragte der Ansicht, dass die Ausgaben für das Kindergeld erhöht werden sollten. Nur jede_r Zweite möchte, dass der Staat mehr Kindergeld bezahlt. Und nicht einmal jede_r Vierte befürwortet dabei deutlich höhere Staatsausgaben für das Kindergeld. Ein Großteil der Befragten ist für die Beibehaltung der bisherigen Ausgaben (40 Prozent), während eine kleine Minderheit sogar eine Reduktion der Ausgaben für das Kindergeld fordert (sechs Prozent).

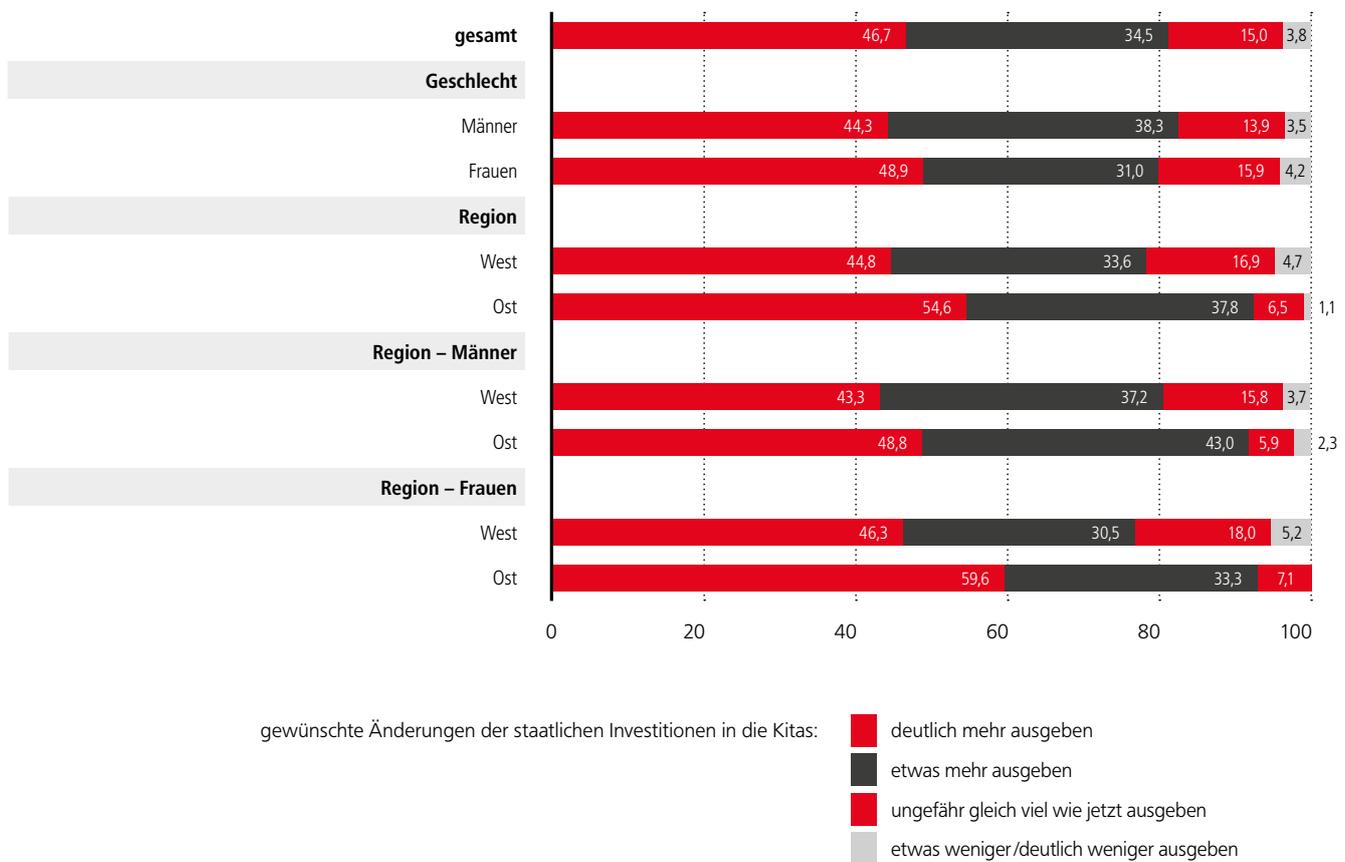
Der direkte Vergleich belegt eindrücklich, dass höhere staatliche Investitionen in die Kleinkindbetreuung von einem deutlich größeren Anteil der Bevölkerung befürwortet wird als höhere staatliche Ausgaben für das Kindergeld. Für beide Bereiche werden nun auf der Basis deskriptiver Befunde einige Aussagen darüber getroffen, welche gesellschaftlichen Gruppen sich eine Erhöhung staatlicher Ausgaben jeweils im Besonderen wünschen.

3.2 BREITER KONSENS FÜR HÖHERE INVESTITIONEN IN KITAS

Welche sozialen Gruppen befürworten nun höhere staatliche Ausgaben in der Kleinkindbetreuung im besonderen Maße? Die Analyse sämtlicher soziodemografischer Variablen ergibt, dass lediglich die regionalen Unterschiede statistisch signifikant werden (siehe Abb. 3). Eine Erhöhung staatlicher Ausgaben für Kitas fordern Ostdeutsche sehr viel häufiger als Westdeutsche, und sie befürworten auch viel häufiger eine starke Erhöhung der staatlichen Ausgaben (55 gegenüber 46 Prozent). Zwischen Frauen und Männern zeigen sich bei dieser Frage insgesamt nur geringe Unterschiede (nicht signifikant), obwohl Frauen etwas häufiger als Männer für deutlich höhere staatliche Ausgaben für Kitas votieren.

Noch stärkere regionale Unterschiede werden bei der getrennten Analyse nach Geschlecht für die Frauen offenbar:

Abbildung 4
Gewünschte Änderungen staatlicher Investitionen in die Kitas



Fast alle ostdeutschen Frauen (93 Prozent) votieren für mehr staatliche Investitionen in Kitas, und fast zwei Drittel der ostdeutschen Frauen (60 Prozent) fordern dabei sogar deutlich höhere Ausgaben vom Staat als bisher. Unter den westdeutschen Frauen wünschen sich hingegen nur drei Viertel mehr staatliche Investitionen in Kitas, und nicht einmal jede zweite Frau in Westdeutschland fordert dabei deutlich höhere Ausgaben als bisher.⁸

Die stärksten Befürworter_innen höherer Staatsausgaben für Kitas sind damit die ostdeutschen Frauen, während westdeutsche Frauen sogar seltener für eine Erhöhung votieren als Männer in Ost- und in Westdeutschland.

3.3 WER WILL HÖHERE STAATSAUSGABEN FÜR DAS KINDERGELD?

Beim Kindergeld plädieren die Befragten insgesamt deutlich seltener für höhere Staatsausgaben als dies bei den Kitas der Fall ist. Höhere staatliche Ausgaben für das Kindergeld befürworten fast zwei Drittel der Ostdeutschen, aber nur die Hälfte der Westdeutschen. Zudem sprechen sich Ostdeutsche auch viel häufiger als Westdeutsche dafür aus, dass die Staats-

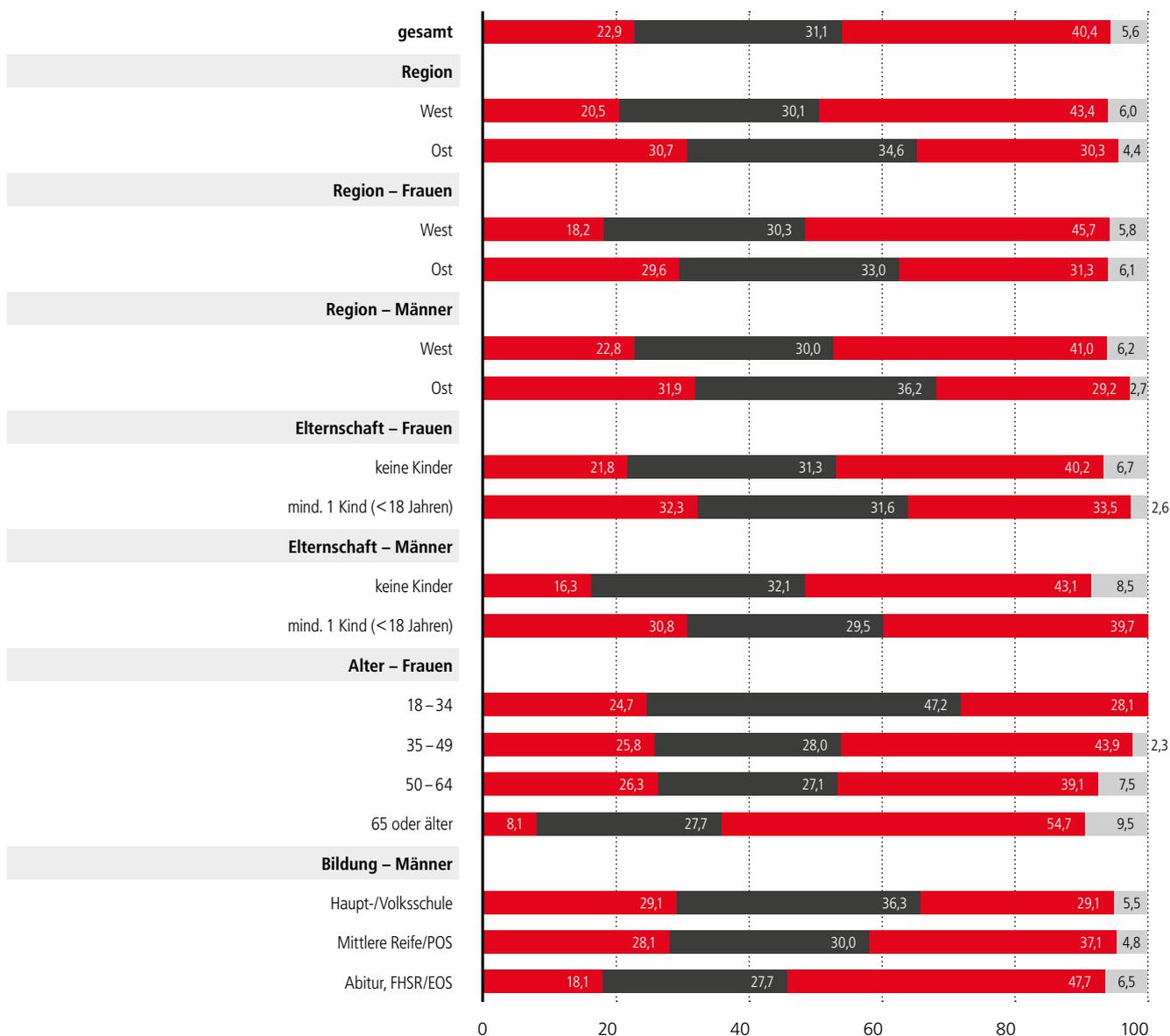
ausgaben für das Kindergeld deutlich erhöht werden sollten (31 gegenüber 21 Prozent). Die regionalen Unterschiede fallen in beiden Geschlechtergruppen in ähnlichem Umfang aus, d. h. auch bei dieser Frage spielt die regionale Herkunft eine wichtige Rolle, während die Unterschiede zwischen Männern und Frauen marginal sind (siehe Abb. 5).

Ferner ergeben sich gravierende Unterschiede – sowohl bei Frauen als auch bei Männern –, wenn man nach Elternschaft differenziert. Im Vergleich zu Frauen und Männern ohne (minderjährige) Kinder sind Eltern häufiger der Auffassung, dass der Staat seine Ausgaben für das Kindergeld erhöhen sollte, und sie fordern auch häufiger deutlich höhere Ausgaben. Dies gilt besonders für Männer, denn Väter votieren mit 31 Prozent fast doppelt so häufig wie Männer ohne (minderjährige) Kinder (16 Prozent) für mehr Kindergeld. Wie weiterführende Analysen belegen, ist ein signifikanter Einfluss der Elternschaft aber nur für die westdeutschen Frauen und Männer festzustellen, jedoch nicht für die Frauen und Männer in Ostdeutschland (Ergebnisse nicht abgebildet).

Bei den Frauen differieren die Wünsche nach höheren Staatsausgaben für Kindergeld auch mit dem Alter. Vor allem ältere Frauen ab 65 Jahren plädieren wesentlich seltener als jüngere Frauen für deutliche Mehrausgaben beim Kindergeld (8 gegenüber 26 Prozent). Wie weitergehende Analysen zeigen, wird dieser „Alterseffekt“ aber nur bei den westdeutschen Frauen signifikant (Ergebnisse nicht abgebildet).

⁸ Zwar ergeben sich bei dieser Frage zwischen den west- und ostdeutschen Männern deutliche Unterschiede, diese sind aber nicht signifikant.

Abbildung 5
Gewünschte Änderungen staatlicher Ausgaben für das Kindergeld



gewünschte Änderungen der staatlichen Ausgaben für das Kindergeld:

- deutlich mehr ausgeben
- etwas mehr ausgeben
- ungefähr gleich viel wie jetzt ausgeben
- etwas weniger/deutlich weniger ausgeben

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Bei den Männern variiert die Forderung nach einer deutlichen Steigerung der staatlichen Ausgaben für das Kindergeld systematisch mit dem schulischen Bildungsniveau. Männer mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Reife sind bedeutend häufiger der Meinung, dass der Staat seine Ausgaben für das Kindergeld steigern sollte als Männer mit Abitur oder Fachhochschulreife (28 gegenüber 18 Prozent).⁹

Auf Basis der empirischen Befunde lassen sich damit für beide Geschlechter mögliche Gruppen definieren, die sich besonders stark für eine (deutliche) Erhöhung des Kindergeldes aussprechen könnten. Unter den Frauen sind es neben den Ostdeutschen auch die jungen Mütter in Westdeutschland und unter den Männern die Väter aus Ostdeutschland sowie Männer mit mittlerem oder niedrigem Schulabschluss.¹⁰

An dieser Stelle kann nun festgehalten werden, dass jeweils die Mehrheit der Bevölkerung für höhere staatliche Ausgaben beim Kindergeld sowie bei der Kleinkindbetreuung plädiert.

Deutlich häufiger als die Forderung nach höheren Staatsausgaben für das Kindergeld wird dabei die Forderung nach mehr staatlichen Investitionen in die Kleinkindbetreuung unterstützt.

Bei der Frage der Staatsausgaben für die Kinderbetreuung sind zudem deutliche West-Ost-Unterschiede festzustellen. Die anderen in der Analyse berücksichtigten soziodemografischen Faktoren – Geschlecht, Elternschaft, Bildungsniveau und Alter – haben keinen Einfluss. Das Votum für mehr Investitionen in Kitas kommt damit einem gesellschaftlichen Konsens gleich: Dies gilt für Westdeutschland und noch stärker für Ostdeutschland.

Demgegenüber votiert nur etwa die Hälfte der Bevölkerung für höhere Staatsausgaben im Bereich des Kindergeldes. Neben den Ost-West-Unterschieden variiert diese Forderung auch mit Elternschaft – und teilweise nach Alter und Bildungsniveau. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Forderung nach mehr Kindergeld nicht von allen Teilen der Bevölkerung getragen wird, sondern mit der sozialen Lage der Befragten variiert.

Obwohl höhere Ausgaben für das Kindergeld besonders von Teilgruppen gefordert werden, deuten die Ergebnisse weitergehender Analysen darauf hin, dass das Kindergeld – ähnlich wie die Kleinkindbetreuung – von den Befragten auch als Instrument für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen wird. Bivariate Analysen bestätigen: Zwischen der Einstellung der Befragten zur Verantwortung des Staates für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Wünschen nach höheren staatlichen Ausgaben für Kitas (siehe Abb. 6) bzw. für das Kindergeld (siehe Abb. 7) besteht ein deutlicher Zusammenhang:

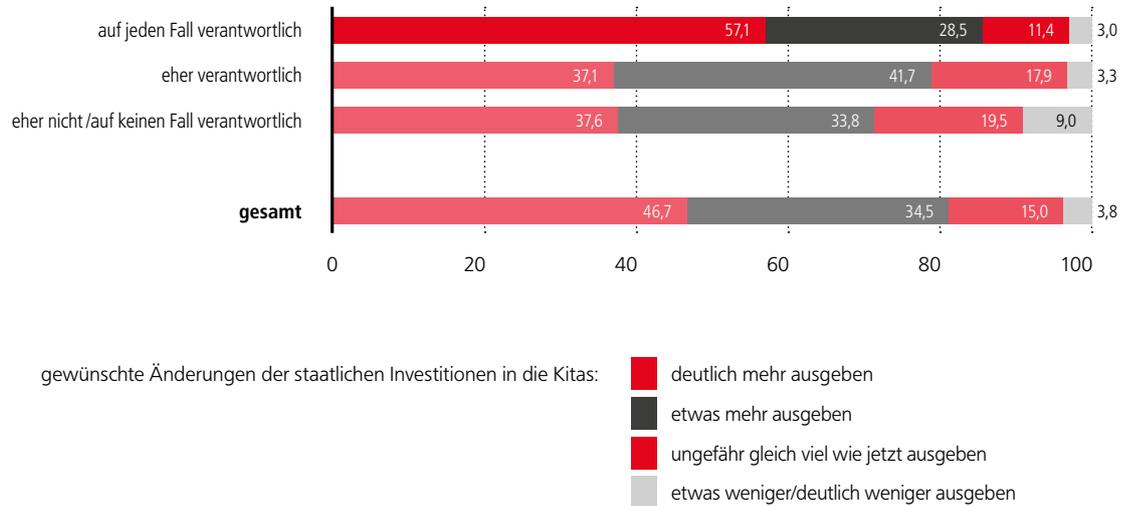
- Frauen und Männer, die den Staat auf jeden Fall verantwortlich erachten für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sind auch viel häufiger der Ansicht, dass staatliche Investitionen in Kitas deutlich erhöht werden sollten (57 gegenüber 38 Prozent).
- Gleichzeitig sind Frauen und Männer, die den Staat auf jeden Fall verantwortlich erachten für die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch deutlich häufiger der Ansicht, dass der Staat seine Ausgaben für Kindergeld deutlich steigern sollte. Generell lässt sich dabei feststellen: Je stärker die Befragten den Staat für die Förderung der Vereinbarkeit erachten, desto eher befürworten sie eine Erhöhung des Kindergeldes.

An diesen (erwartbaren) Ergebnissen ist hervorzuheben, dass die Antworten der Befragten auf eine hohe inhaltliche Konsistenz schließen lassen und die Aussagen somit als belastbar gelten können: Befragte, die den Staat eindeutig als verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erachten, fordern vom Staat auch häufiger höhere Ausgaben für familienpolitische Leistungen.

⁹ Vermutlich ist nicht das schulische Bildungsniveau, sondern das unterschiedliche Einkommensniveau der drei Gruppen der eigentliche Grund dafür, dass die Männer mit Haupt- und Realschulabschluss häufiger für mehr Kindergeld plädieren. Parallel zum schulischen Bildungsniveau steigen auch die Medianwerte der Netto-Haushaltseinkommen deutlich an.

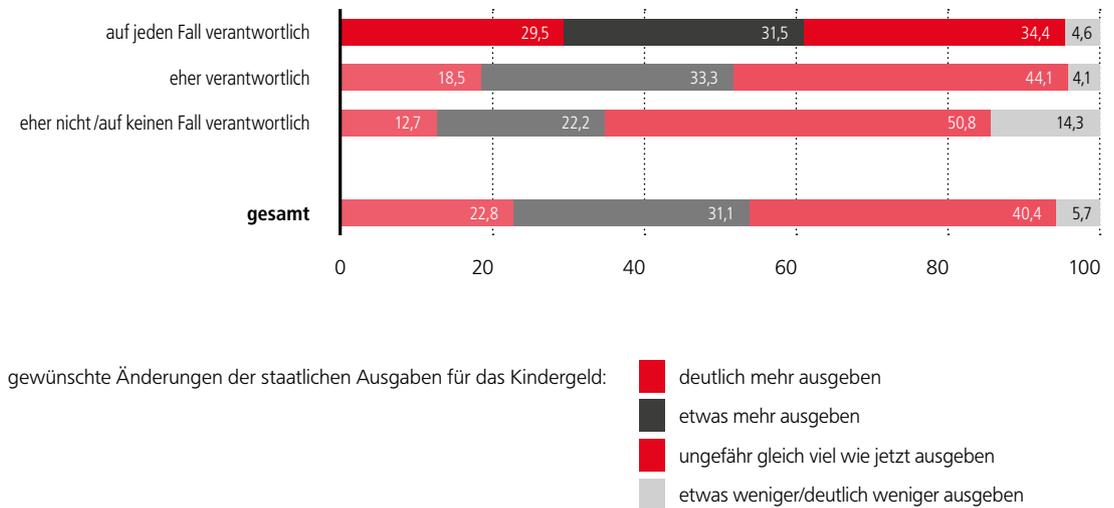
¹⁰ Für eine abschließende Definition der Gruppen bedarf es multivariater Analysen, bei denen auch das Einkommen als möglicher Einflussfaktor zu berücksichtigen wäre.

Abbildung 6
Zusammenhang zwischen der Einstellung zur staatlichen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den gewünschten Änderungen der staatlichen Investitionen bei den Kitas
 Der Staat ist für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ...



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Abbildung 7
Zusammenhang zwischen der Einstellung zur staatlichen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den gewünschten Änderungen der Staatsausgaben für das Kindergeld
 Der Staat ist für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ...



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

4

WÜNSCHE: KOSTENFREIE KITA UND BESSERE BETREUUNGSQUALITÄT

In diesem Kapitel werden nun zwei Fragen behandelt, die sich auf inhaltliche Aspekte der Kleinkindbetreuung beziehen: Zum einen geht es um die Frage, wie die Bevölkerung zum Thema kostenfreie Kinderbetreuung eingestellt ist. Zum anderen wird untersucht, ob der Staat nach Ansicht der Befragten auch Sorge dafür zu tragen hat, dass die Qualität der öffentlichen Kleinkindbetreuungsmöglichkeiten verbessert wird.

4.1 WUNSCH NACH KOSTENLOSER KLEINKINDBETREUUNG IN KITAS

Wie bereits gezeigt werden konnte, plädiert die große Mehrheit der Bevölkerung für höhere staatliche Investitionen in Kitas (siehe Abb. 4). Hier schließt sich nun die Frage an, wofür die höheren Investitionen genutzt werden sollen.

Die deutliche Mehrheit spricht sich für die kostenlose Betreuung von Kleinkindern in Kindertagesstätten aus.¹¹ Dem Ziel einer kostenlosen Kita stimmen 60 Prozent der Befragten „voll und ganz zu“, und fast ein weiteres Viertel stimmt diesem Ziel „eher zu“. Nur jede_r Sechste steht einer kostenlosen Kleinkindbetreuung ablehnend gegenüber.

Einer kostenlosen Betreuung von Kleinkindern stimmen Frauen und Männern in fast gleichem Maße zu. Der regionale Vergleich belegt jedoch, dass Ostdeutsche einer kostenlosen Kleinkindbetreuung häufiger, nämlich zu mehr als zwei Dritteln (68 Prozent), in vollem Umfang zustimmen, während dies nur für 57 Prozent der Westdeutschen zutrifft. Diese West-Ost-Unterschiede lassen sich sowohl bei Männern als auch bei Frauen finden, wie der direkte Vergleich beider Geschlechter nach Region zeigt. Die Zustimmung zur kostenlosen Kita variiert zudem mit dem Alter der Befragten. Eine weitere Differenzierung nach Geschlecht und Region zeigt, dass das Votum für kostenlose Kitas bei den vier Untergruppen in unterschiedlichem Maße mit dem Alter variiert: Bei den ostdeutschen Männern und den westdeutschen Frauen scheint das Alter die Zustimmung nicht zu verändern. Demgegen-

über nimmt bei den Männern in Westdeutschland die Zustimmung mit zunehmendem Alter tendenziell ab. Besonders stark fallen die Unterschiede nach Altersgruppen jedoch bei Frauen in Ostdeutschland aus: Unter den 18- bis 34-Jährigen stimmen hier mehr als 90 Prozent in vollem Umfang für eine kostenlose Kita. Über die Altersgruppen geht dieser Anteil stark zurück, wobei unter den Frauen ab 65 Jahren immer noch mehr als die Hälfte einer kostenlosen Kleinkindbetreuung „voll und ganz“ zustimmt.¹²

4.2 MEHR QUALITÄT IN DER KINDERBETREUUNG ALS STAATLICHE AUFGABE

Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht den Staat auch in der Verantwortung, um die Qualität der öffentlichen Kinderbetreuung, vor allem von Kleinkindern, zu erhöhen.¹³ Eine Mehrheit von 60 Prozent stimmt diesem Anspruch an den Staat „voll und ganz zu“. Mehr als ein Viertel stimmt immerhin noch „eher zu“. Nur jede_r achte Befragte erachtet die Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung „eher nicht“ oder „ganz und gar nicht“ für eine staatliche Aufgabe (siehe Abb. 9).

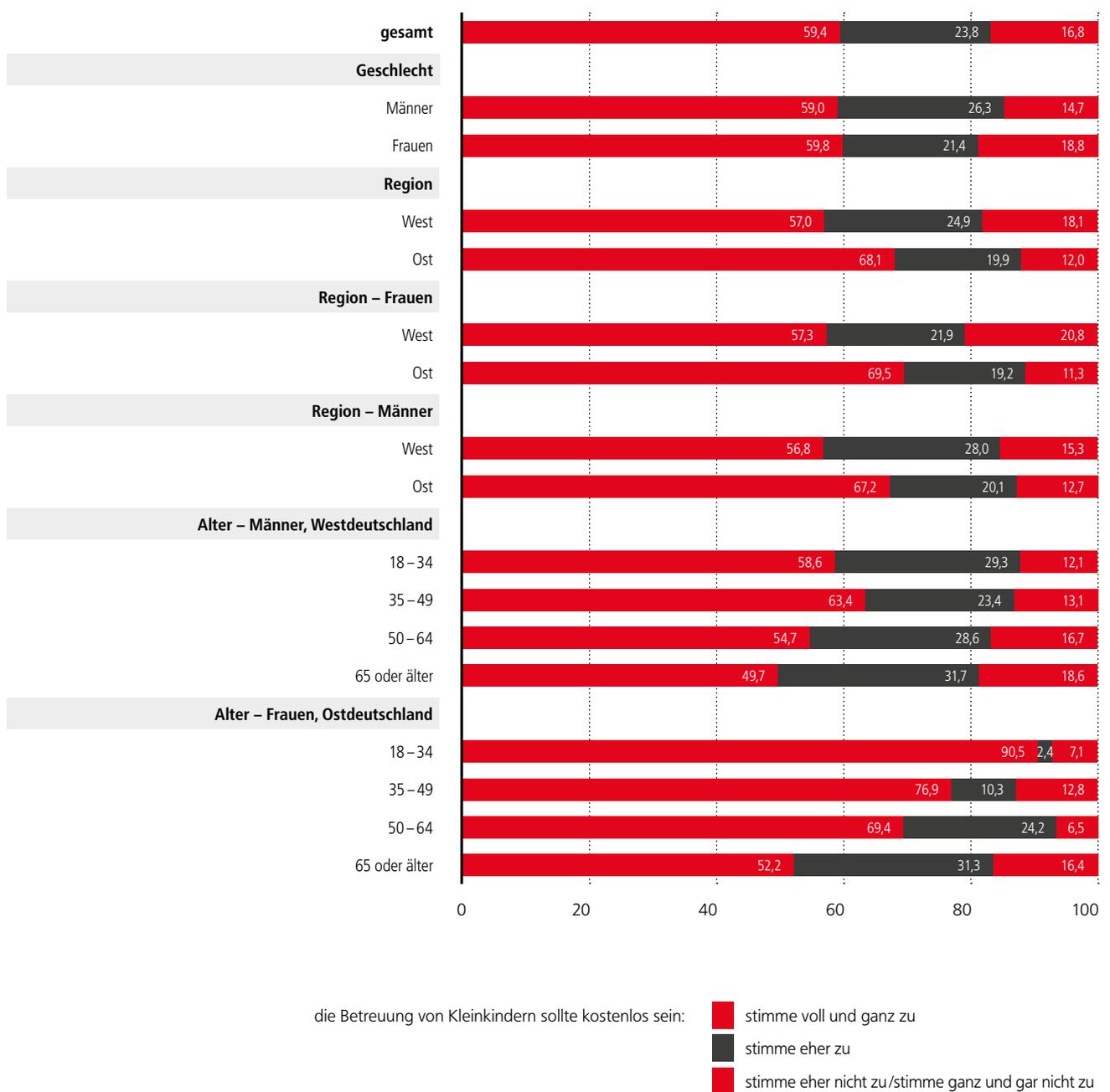
Der Vergleich mit dem Ergebnis zur kostenlosen Kita (siehe Abb. 8) lässt erkennen, dass die Forderung nach einer Verbesserung der Qualität in der Kleinkindbetreuung in ähnlichem Umfang Zustimmung erfährt. Überraschenderweise finden sich auch bei dieser Forderung keine (signifikanten) Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Allerdings sehen West- und Ostdeutsche den Staat in sehr unterschiedlichem Umfang in der Verantwortung für eine höhere Qualität in der Kinderbetreuung: Fast drei Viertel der Ostdeutschen (72 Prozent),

¹² Freilich können diese Ergebnisse nur den Anspruch vorläufiger Ergebnisse haben, denn bei den bivariaten Analysen konnte aufgrund der Fallzahlen zumeist nur für eine mögliche Drittvariable kontrolliert werden. Hier wäre demnach zu prüfen, ob sich ein „Alterseffekt“ noch einstellt, wenn bei der Analyse zugleich nach Geschlecht, Region und Elternschaft kontrolliert wird.

¹³ Im Fragebogen lautete die Aussage wie folgt: „Der Staat soll dafür sorgen, dass die Qualität der öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, vor allem für Kleinkinder, erhöht wird.“

¹¹ Die Aussage in der Befragung lautete wie folgt: „Die Betreuung von Kleinkindern in Kindertagesstätten sollte, wie der Schulbesuch, kostenlos sein.“

Abbildung 8
Einstellung zu kostenloser Kleinkindbetreuung in Kitas

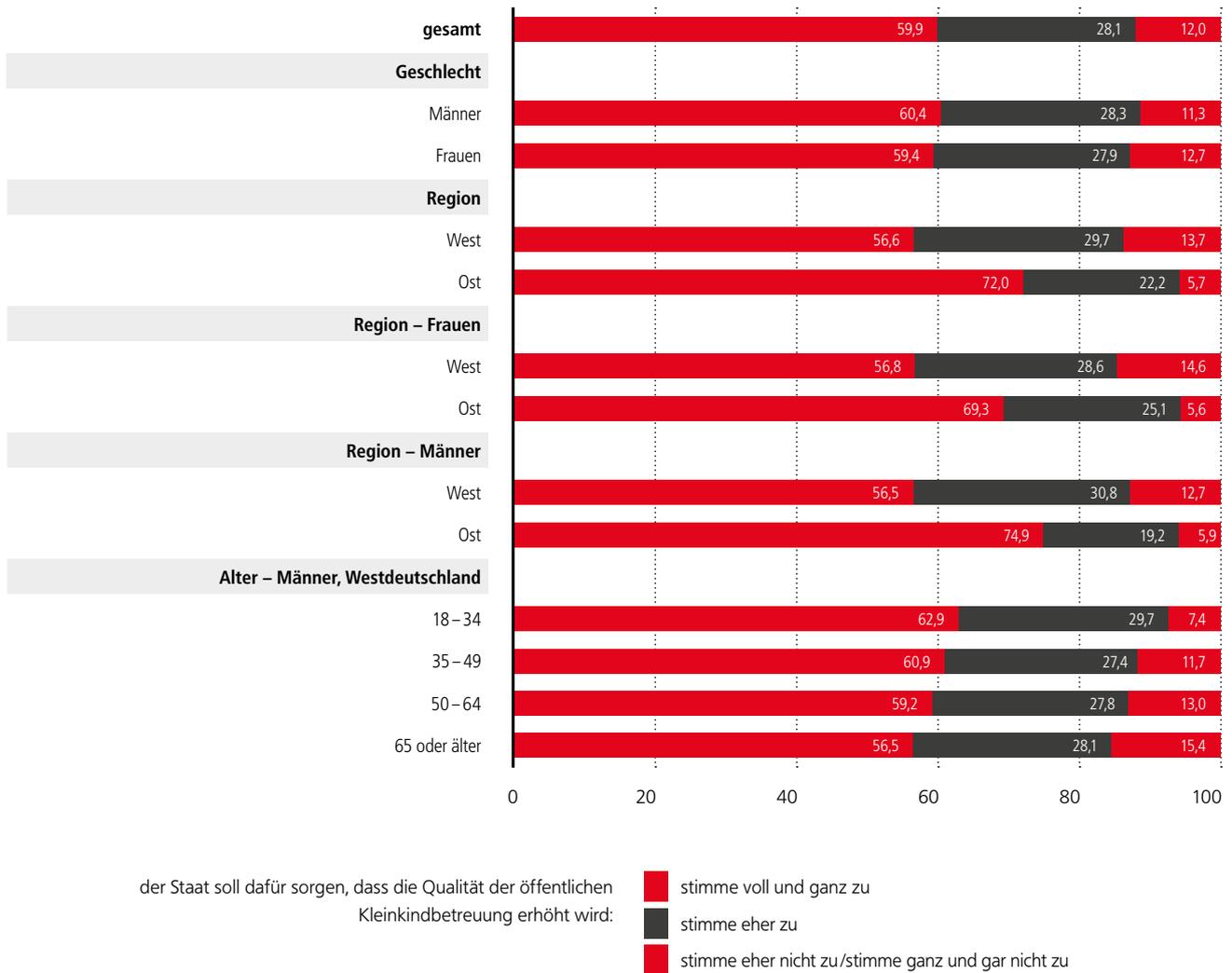


Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

aber nur etwas mehr als die Hälfte der Westdeutschen (57 Prozent) stimmen der Aussage voll und ganz zu. Und lediglich sechs Prozent der Ostdeutschen, aber immerhin 14 Prozent der Westdeutschen lehnen die Aussage ab (siehe Abb. 9). Dass diese Ost-West-Unterschiede bei Männern und Frauen gleichermaßen auftreten, belegt die weitere Differenzierung der regionalen Gruppen nach Geschlecht. Herauszustellen ist dabei, dass die ostdeutschen Männer mit 75 Prozent den größten Anteil an völliger Zustimmung haben und damit sogar einen höheren Anteil als die ostdeutschen Frauen (69 Prozent).

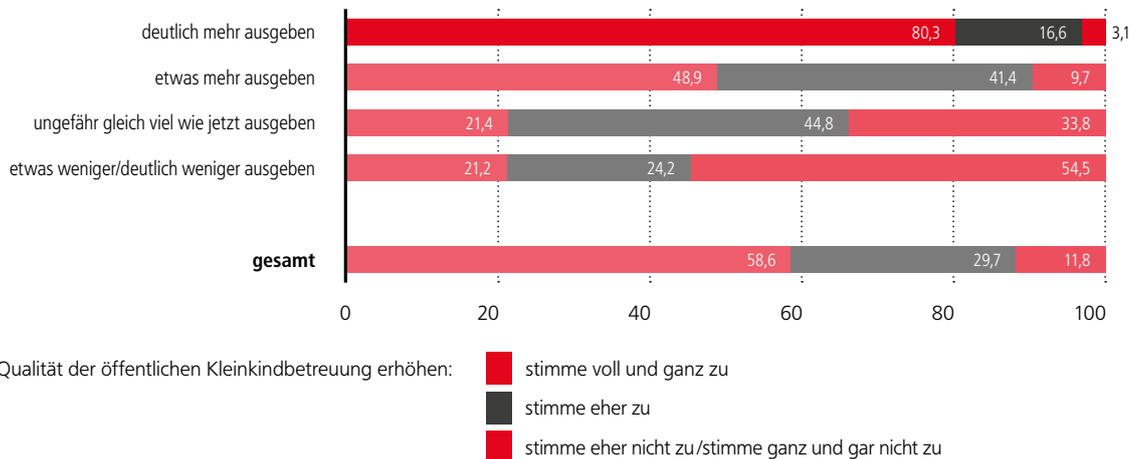
Unter den weiteren hier berücksichtigten soziodemografischen Faktoren – Bildungsniveau, Alter und Elternschaft – scheint die Zustimmung am ehesten mit dem Alter zu variieren. In weitergehenden Analysen zeigt sich jedoch, dass die Zustimmung nur bei den Männern in Westdeutschland stark mit dem Alter variiert (und signifikant wird): Besonders stark differiert zwischen den Altersgruppen der Anteil derer, die den Staat (eher) nicht als verantwortlich für die Erhöhung der Qualität in der Kinderbetreuung erachten. Dieser Anteil verdoppelt sich von der jüngsten Gruppe (18–34 Jahre) bis zur ältesten Gruppe (ab 65 Jahre) von 7 auf 15 Prozent.

Abbildung 9
Wunsch nach Verbesserung der Qualität öffentlicher Kinderbetreuung durch den Staat



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Abbildung 10
Zusammenhang zwischen der Forderung nach höheren staatlichen Investitionen in Kitas und Verantwortlichkeit des Staates für die Verbesserung der Qualität in der Kleinkindbetreuung
 Der Staat sollte für Investitionen in Kitas ...



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung für eine kostenlose Kinderbetreuung plädiert und den Staat in der Verantwortung sieht, für eine höhere Qualität der Kinderbetreuung zu sorgen. Bei beiden Fragen ist ein ähnlich hoher Anteil an Zustimmung festzustellen. Die bivariaten Analysen deuten darauf hin, dass die Zustimmung bei beiden Fragen wahrscheinlich durch dieselben Einflussfaktoren bestimmt wird: Hier sind keine (signifikanten) Unterschiede nach Geschlecht, Elternschaft und Bildungsniveau festzustellen. Demgegenüber liegen ausgesprochen große West-Ost-Unterschiede vor. Für einzelne Teilgruppen sind zudem deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen auszumachen.

Hervorzuheben ist an diesen Ergebnissen, dass für zwei Gruppen keine höhere Zustimmung auszumachen ist, bei denen dies eigentlich zu erwarten wäre: Eltern stimmen weder häufiger für eine kostenlose Kinderbetreuung noch für eine Erhöhung der Qualität der Kinderbetreuung durch den Staat. Zum anderen ist auch für das schulische Bildungsniveau – als Indikator für Einkommen und soziale Schichtung – nicht festzustellen, dass es systematisch mit der Einstellung zu kostenfreier Kinderbetreuung variiert.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kann somit gefolgert werden, dass die aus der starken Zustimmung abzuleitenden Forderungen keine Partikularinteressen – von besonders betroffenen Gruppen – darstellen, sondern als gesellschaftlicher Konsens interpretiert werden können.

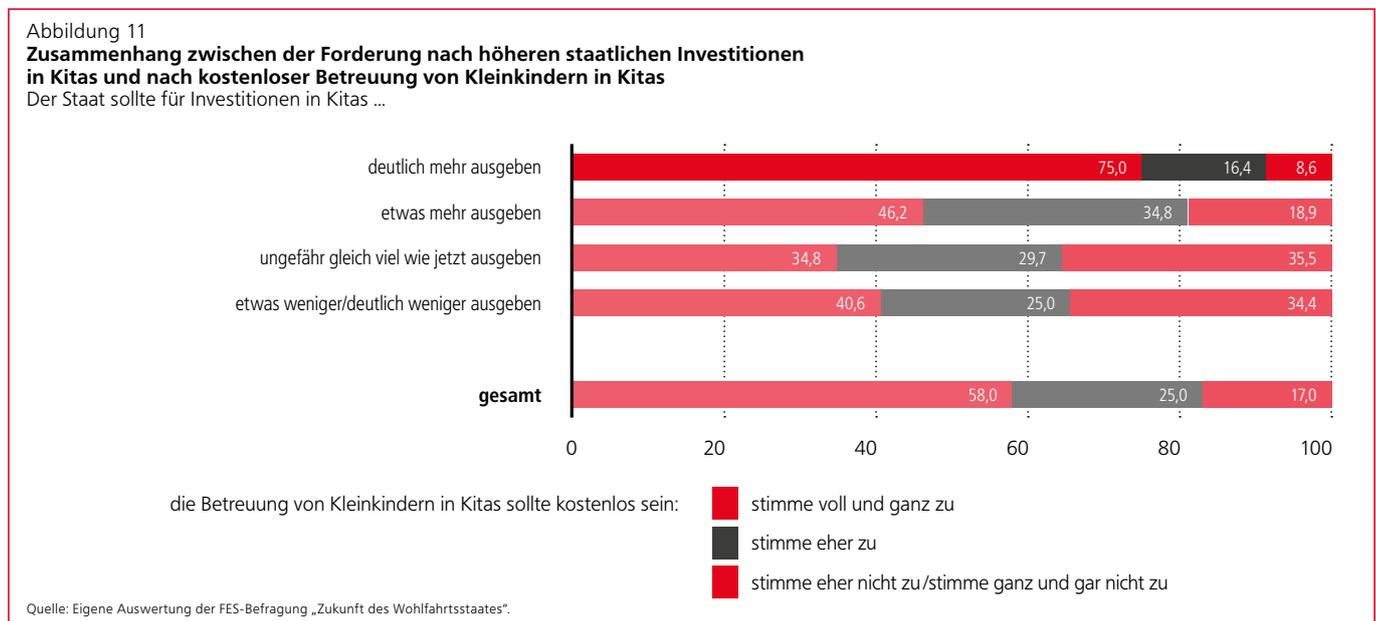
Die Umsetzung der beiden hier untersuchten Wünsche – kostenlose Kleinkindbetreuung in Kitas und Verbesserung der Kleinkindbetreuung durch den Staat – wird mit hohen Kosten und daher höheren staatlichen Ausgaben für die Kleinkindbetreuung insgesamt verbunden sein. Zu erwarten wäre daher, dass die Befragten, die diesen Wünschen zustimmen, sich zuvor auch für höhere Ausgaben für den Bereich der Kleinkindbetreuung ausgesprochen haben.¹⁴

Die Erwartung wird von den empirischen Befunden der bivariaten Analysen eindrücklich bestätigt. Zwischen den Forderungen nach höheren staatlichen Investitionen in die Kitas und den Wünschen nach Erhöhung der Qualität der Kleinkindbetreuung durch den Staat (siehe Abb. 10) bzw. dem Wunsch nach kostenlosem Zugang zur Kita (siehe Abb. 11) besteht jeweils ein deutlicher Zusammenhang:

- Unter den Frauen und Männern, die sich für deutlich höhere staatliche Investitionen in die Kitas aussprechen, sind fast alle auch der Ansicht, dass der Staat dafür Sorge tragen sollte, dass die Qualität in der öffentlichen Kleinkindbetreuung erhöht werden sollte (97 Prozent). Kurz gesagt: Je stärker die Befragten für höhere staatliche Ausgaben für Kitas votieren, desto häufiger stimmen die Befragten auch der Ansicht zu, dass der Staat für die Erhöhung der Qualität in der Kleinkindbetreuung zuständig ist (siehe Abb. 10).
- Gleichzeitig wünschen sich jene Frauen und Männer, die höhere staatliche Investitionen in Kitas fordern, auch deutlich häufiger, dass der Zugang zu den Kitas kostenlos sein sollte. Generell lässt sich auch hierbei feststellen: Je stärker die Befragten höhere Ausgaben für Kitas fordern, desto eher befürworten sie auch eine kostenlose Kleinkindbetreuung in Kitas (siehe Abb. 11).

Auch wenn die kausale Richtung nicht eindeutig bestimmt werden kann, so ist in jedem Fall zu konstatieren, dass Frauen und Männer, die sich einen kostenlosen Zugang zur Kita besonders wünschen und die den Staat in der Verantwortung sehen, für eine bessere Betreuungsqualität in Kitas zu sorgen, sich auch häufiger für höhere Staatsausgaben für die Kitas aussprechen.

¹⁴ Die hier geschilderte kausale Beziehung entspricht auch dem Ablauf der Fragen in der Befragung, denn die gewünschten Änderungen der staatlichen Ausgaben für einzelne sozialpolitische Bereiche wurden vor den genannten Wünschen – kostenlose Kita und verbesserte Betreuungsqualität als Aufgabe des Staates – erfragt.



5

KOSTENLOSE DIENSTLEISTUNGEN STATT HÖHERER GELDLEISTUNGEN?

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung höhere staatliche Investitionen in Kitas befürwortet (siehe Kap. 3.2), gleichzeitig spricht sich aber immer noch jede_r Zweite für höhere staatliche Ausgaben im Bereich des Kindergeldes aus (siehe Kap. 3.3). Das starke Votum für mehr staatliche Ausgaben wirft damit die Frage auf, welche der gewünschten höheren Ausgaben priorisiert wird, wenn nicht in allen Bereichen mehr Geld ausgegeben werden kann. Das Dilemma einer solchen Entscheidung wurde in der Befragung als eine grundlegende Entscheidung zwischen zwei Alternativen konzipiert: Entscheidung für (a) kostenfreie Kita – als Beispiel für öffentliche Dienstleistung – bei gleichzeitiger Nichterhöhung von (b) Kinder- und Elterngeld – als Beispiel für staatliche Geldleistungen. Die Analyse dieser Frage sollte damit weiteren Aufschluss für die von der Bevölkerung priorisierten staatlichen Zielsetzungen im Bereich der Familienpolitik erlauben.¹⁵

Wie die Ergebnisse eindrücklich belegen, spricht sich die große Mehrheit bei dieser Frage für einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen aus: Etwa drei Viertel (74 Prozent) votieren für kostenlose öffentliche Dienstleistungen, wobei ein Drittel (33 Prozent) dem Vorschlag „voll und ganz“ zustimmt, und sich weitere 41 Prozent eher für die Dienstleistungen entscheiden würden. Nur jede_r vierte Befragte (26 Prozent) lehnt den Vorschlag eines Ausbaus öffentlicher Dienstleistungen bei gleichzeitiger Nichterhöhung von Geldleistungen im Bereich der Familienpolitik ab.

Bei der Entscheidung zwischen Dienstleistung und Geldleistung lassen sich keine regionalen Unterschiede feststellen, und auch das Alter der Befragten spielt hierbei keine Rolle. Allerdings entscheiden sich die Männer mit einem Drittel deutlich häufiger eindeutig für die Dienstleistungen, während dies nur auf ein starkes Viertel der Frauen zutrifft. Daneben scheinen sich auch das schulische Bildungsniveau und Elternschaft auf die Entscheidung auszuwirken. Die beiden letztgenannten soziodemografischen Faktoren differieren für Frauen und Männer so stark, dass sie getrennt für beide Geschlechter analysiert wurden.

Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern variiert das Votum für kostenfreie Dienstleistungen in starkem Maße mit dem schulischen Bildungsniveau: Auffallend hoch fällt die Ablehnung unter den Frauen mit Hauptschulabschluss aus, denn fast jede Zweite dieser Gruppe ist gegen kostenlose Dienstleistungen, wenn dafür die Geldleistungen nicht (mehr) erhöht werden.¹⁶ Demgegenüber spricht sich eine deutliche Mehrheit der Frauen mit Realschulabschluss oder Abitur/Fachhochschulreife für kostenlose Dienstleistungen aus.

Bei den Männern variiert zwar der Anteil der Befürworter der Dienstleistungen deutlich weniger, aber bei ihnen steigt der Anteil der eindeutigen Befürworter kostenloser Dienstleistungen mit dem schulischen Bildungsniveau stark an.¹⁷ Ob Männer kostenfreie Dienstleistungen bei gleichzeitiger Nichterhöhung staatlicher Geldleistungen vorziehen, liegt auch daran, ob sie Väter sind oder nicht: Unter den Vätern mit minderjährigen Kindern votiert die Mehrheit eindeutig für die kostenfreien Dienstleistungen, aber nur annähernd ein Drittel der Männer ohne (minderjähriges) Kind. Bei den Frauen sind die Unterschiede nach Elternschaft hingegen nicht so stark ausgeprägt (und nicht signifikant).

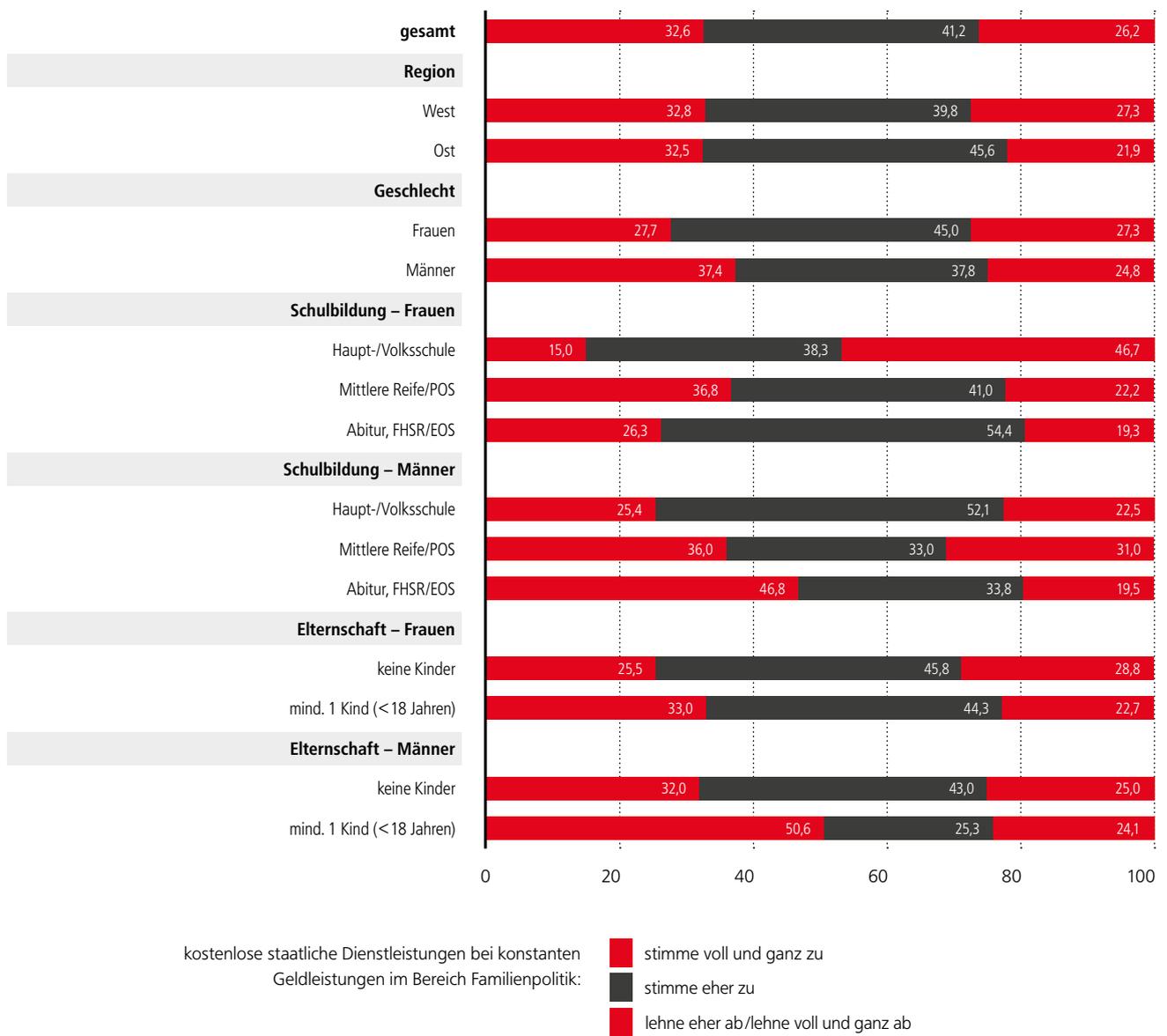
Die Ergebnisse legen nahe, dass Eltern mit höherem Schulabschluss weitaus häufiger für kostenfreie öffentliche Dienstleistungen votieren würden, auch wenn gleichzeitig die staatlichen Geldleistungen – wie z. B. das Kindergeld – konstant blieben. Eine Ablehnung dieses Angebots ist hingegen bei Frauen (und Männern) mit Hauptschulabschluss wahrscheinlicher. Zu vermuten ist hier abermals, dass das Einkommen einen starken Einfluss darauf hat, wie man zu einer Erhöhung des Kindergeldes oder dessen Nichterhöhung steht.

¹⁶ Bei den Frauen lassen weiterführende Analysen vermuten, dass der Einfluss des schulischen Bildungsniveaus vorwiegend auf die Frauen in Westdeutschland zutrifft.

¹⁷ Weitergehende Analysen legen den Schluss nahe, dass sich der Einfluss des Bildungsniveaus mit dem Einfluss von Elternschaft zumindest überlagert. Auf der Basis der bisherigen Analysen kann nicht ausgeschlossen werden, dass der „Bildungseffekt“ auf den höheren Anteil an Vätern unter den Männern mit mittlerer Reife bzw. Fach-/Hochschulreife zurückgeführt werden kann.

¹⁵ Da diese Frage nur einem Viertel der Befragten, also 500 Personen gestellt wurde, sind die Möglichkeiten weitergehender Analysen aufgrund geringer Fallzahlen deutlich eingeschränkt.

Abbildung 12
Präferenz für kostenlose staatliche Dienstleistungen bei konstanten Geldleistungen



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

6

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Für die große Mehrheit der Bevölkerung ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die wichtigste Aufgabe der Familienpolitik. Sie wird auch im Vergleich zu anderen politischen Themenfeldern von der Mehrheit als politische Aufgabe gewertet, für die der Staat wesentlich die Verantwortung trägt oder zumindest in großen Teilen verantwortlich ist (Kap. 2.1). Auch wenn über die Verantwortung des Staates für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf damit ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens besteht, so zeigt sich, dass junge Frauen die Verantwortung des Staates noch stärker betonen als andere Bevölkerungsgruppen (Kap. 2.2).

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung will höhere staatliche Ausgaben für das Kindergeld, und für mehr staatliche Investitionen in Kitas plädieren sogar mehr als 80 Prozent der Befragten (Kap. 3.1). Das starke Votum für höhere Staatsausgaben für Kitas kann als gesellschaftlicher Konsens für einen weiteren Ausbau der Betreuungsplätze gewertet werden, denn abgesehen von den West-Ost-Unterschieden sind hier keine Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen festzustellen (Kap. 3.2).

Demgegenüber wird die Forderung nach höheren Ausgaben für das Kindergeld nicht nur seltener unterstützt, sondern scheint auch eher von der sozialen Lage der Befragten beeinflusst. Neben den West-Ost-Unterschieden wirken sich (wahrscheinlich) auch Elternschaft, das Bildungsniveau und für Teilgruppen auch das Alter darauf aus, wie stark für mehr Kindergeld votiert wird. Zu vermuten ist, dass besonders Eltern mit niedrigen Einkommen mehr Kindergeld fordern, während Frauen und Männer ohne minderjährige Kinder sowie Frauen und Männer mit höheren Einkommen diese Forderung deutlich weniger unterstützen. In weiterführenden Analysen konnte zudem gezeigt werden: Befragte, die den Staat beim Thema Vereinbarkeit stark in der Verantwortung sehen, plädieren auch häufiger für deutlich höhere Staatsausgaben – sowohl für Kitas als auch für Kindergeld (Kap. 3.3).

Eine große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich auch für eine kostenlose Betreuung von Kleinkindern in Kitas aus (Kap. 4.1). Ein noch etwas größerer Anteil der Bevölkerung ist zudem der Meinung, dass der Staat für eine höhere Qualität der Kinderbetreuung sorgen sollte (Kap. 4.2). Die Analysen zu beiden Fragen ergaben, dass diese Einstellungen – abgesehen

von den deutlichen Ost-West-Unterschieden – kaum mit anderen soziodemografischen Merkmalen variieren. Lediglich für einzelne Teilgruppen sind Unterschiede nach Altersgruppen festzustellen.

Aus dieser starken Zustimmung kann schließlich gefolgert werden, dass die Forderungen nach kostenloser Kita und der Wunsch nach staatlicher Sorge für höhere Betreuungsqualität keine Partikularinteressen darstellen, sondern gesellschaftlicher Konsens sind. In weiterführenden Analysen konnte zudem gezeigt werden: Befragte, die sich für deutlich höhere Investitionen in Kitas einsetzen, wollen auch häufiger einen kostenlosen Zugang zu Kitas und betonen auch stärker, dass der Staat dafür Sorge tragen sollte, dass die Qualität in der Kleinkindbetreuung verbessert wird (Kap. 4.2).

Das politische Dilemma begrenzter staatlicher Mittel, das keine deutlich höheren Ausgaben in allen Bereichen erlaubt, wurde in der Befragung als Frage konstruiert, bei der eine Entscheidung für kostenfreie Kitas nur bei gleichzeitiger Nichterhöhung von Geldleistungen – z. B. Kindergeld – möglich wäre. Etwa drei Viertel der Bevölkerung würden diese Entscheidung mittragen. Aber immerhin jede_r Vierte lehnt diesen Vorschlag ab. Wie die Analysen zeigen, variiert der Anteil der Ablehnung stark mit dem schulischen Bildungsniveau: Männer und besonders Frauen mit Hauptschulabschluss sprechen sich häufiger gegen kostenlose Dienstleistungen aus, wenn dafür im Gegenzug die Geldleistungen konstant bleiben. Auch dieses Ergebnis kann mit der Bedeutung des Kindergeldes für Haushalte mit niedrigen Einkommen interpretiert werden.

POLITISCHE FOLGERUNGEN

Auf der Basis der hier präsentierten Befragungsergebnisse ergeben sich – aus Sicht der Autoren – einige Hinweise für die politische Gestaltung des Themenfeldes Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Kinderbetreuung. Darüber schimmern in den Ergebnissen politisch relevante Aspekte durch, die einer weitergehenden Überprüfung bedürfen:

1. Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ganz eindeutig weiterhin ein wichtiges gesamtgesell-

schaftliches Politikfeld, bei dem die Mehrheit der Bevölkerung den Staat in der Verantwortung sieht. Eine Ausdehnung des politischen Engagements in diesem Bereich wird von einem Großteil der Bevölkerung eindeutig begrüßt. Hier decken sich die Erkenntnisse aus dieser Befragung mit einer Vielzahl weiterer wissenschaftlicher Studien und Bevölkerungsbefragungen der vergangenen Jahre.

2. Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet auch höhere staatliche Ausgaben in familienpolitische Leistungen. Dabei werden höhere Ausgaben für Dienstleistungen (Kita) von einem deutlich größeren Teil der Bevölkerung gefordert als für Geldleistungen, die den Familien direkt zugute kommen (Kindergeld). Besonders der Wunsch nach höheren Investitionen in Kitas lässt sich nicht nur als Bestätigung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung interpretieren, sondern auch als Hinweis auf eine breite Zustimmung für weitere staatliche Investitionen in diesem Bereich.
3. Bei aller Wichtigkeit einer guten Kinderbetreuung darf Folgendes nicht vergessen werden: Die finanziellen Leistungen des Staates wie das Kindergeld stellen insbesondere für Eltern mit einem geringen bis mittleren Familieneinkommen einen wichtigen Anteil am gesamten Haushaltseinkommen dar. Familienleistungen wie das Kindergeld tragen daher erheblich dazu bei, Armutsrisiken von Familien zu verringern. Jegliche Änderung der Höhe des Kindergeldes sollte daher die Bedeutung berücksichtigen, die es für Familien mit niedrigem Einkommen hat. Zu prüfen wäre, die Höhe des Kindergeldes stärker am Einkommen der Eltern bzw. des Haushalts zu orientieren, sodass die positiven Effekte bei kleinen Haushaltseinkommen bewahrt werden.
4. Gerade für Familien mit geringerem Einkommen sollte es immer ein Sowohl-als-Auch von Betreuungsangeboten als auch finanzieller Unterstützung durch die Gesellschaft geben.
5. Darüber, dass der Staat mehr in die Kinderbetreuung investieren sollte, besteht gesellschaftlicher Konsens. Diese Forderung ist in Ostdeutschland sogar noch weitaus stärker als in Westdeutschland. Ob dies trotz oder gerade aufgrund der höheren Betreuungsquote so gesehen wird, kann auf der Grundlage der hier zur Verfügung stehenden Daten nicht eindeutig geklärt werden. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.
6. Die ausgeprägte Verantwortlichkeit des Staates für den Bereich der Kleinkindbetreuung zeigt sich auch in dem hohen Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass der Staat dafür sorgen soll, dass die Qualität der Kleinkindbetreuung erhöht wird. Aus anderen Studien ist bekannt, dass es den Eltern dabei insbesondere um einen guten Betreuungsschlüssel sowie um gut qualifiziertes Betreuungspersonal geht (Tietze et al. 2012). Gleichzeitig kann das Ergebnis auch als Zeugnis für ein gewisses Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Betreuungsinstitutionen interpretiert werden. Auch hier gäbe eine umfassendere Erhebung deutlichere Hinweise auf den politischen Handlungsbedarf.
7. Eine große Mehrheit der Bevölkerung votiert auch für eine kostenlose Betreuung von Kleinkindern. Das klare Votum sollte von der Politik aufgegriffen und schrittweise umgesetzt werden.

7

ANHANG

DATENBASIS

Datengrundlage der vorliegenden Kurzexptise ist eine Bevölkerungsumfrage, die im Auftrag der FES im Dezember 2015 durchgeführt wurde. An dieser Befragung nahmen 2.000 Personen teil, die 18 Jahre oder älter waren. Bei der Erhebung wurde eine überproportionale Stichprobe für Ostdeutschland gezogen, um auch Analysen getrennt nach West- und Ostdeutschland durchführen zu können. Bei allen Analysen wurden daher Gewichtungsfaktoren genutzt, um die disproportionale Stichprobenziehung auszugleichen.

Um mögliche weitere Verzerrungen der Gesamtstichprobe zu beheben, wurden für alle Befragten jeweils Personengewichtungen berechnet. Neben Alter, Geschlecht und Bildung (höchster Schulabschluss) wurden dabei auch Angaben zum Wohnort berücksichtigt: Sowohl die Region des Wohnortes (West- und Ostdeutschland) als auch das Bundesland und die Größe des Wohnortes (BIK-Größenklassen).

Die genutzte Datenbasis ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung Deutschlands über 18 Jahren.

INTERPRETATION DER ERGEBNISSE

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf deskriptiven Analysen, was bei der Interpretation der empirischen Befunde zu beachten ist. Die zumeist bivariaten Analysen wurden auf Signifikanz getestet und in den meisten Fällen auch auf den Einfluss möglicher Drittvariablen (aus den berücksichtigten soziodemografischen Grundkategorien) kontrolliert. Damit können die Ergebnisse zwar als weitgehend gesichert gelten, gleichwohl steht der eigentliche Test in Form von multivariaten Analysen hier noch aus.

Bei bivariaten Analysen wird der Zusammenhang zwischen zwei Variablen untersucht, beispielsweise wie die Höhe des Haushaltseinkommens die Zustimmung oder Ablehnung eines höheren Kindergeldes beeinflusst. Bei multivariaten Analysen wird untersucht, welchen Einfluss eine erklärende Variable auf eine abhängige Variable hat, wenn man gleichzeitig den Einfluss möglicher weiterer Variablen (im Modell) berücksichtigt. Also wie beispielsweise die Höhe des Haushaltseinkommens

die Zustimmung oder Ablehnung eines höheren Kindergeldes beeinflusst, wenn man gleichzeitig auch die Größe des Haushalts berücksichtigt.

Trotz der großen, repräsentativen Stichprobe werden die zu Tage tretenden Unterschiede in der Kurzexptise als Tendenzen interpretiert. Dies rät sich wegen der noch ausstehenden multivariaten Analysen an, aber auch, weil viele der Antwortkategorien zu den Fragen nur als Tendenzaussage formuliert sind.

Bei sämtlichen Analysen wurde jeweils untersucht, welche soziodemografischen Faktoren die Einstellungen bzw. Antworten beeinflussen. Neben den individuellen, soziodemografischen Grundkategorien Geschlecht, Alter und (schulisches) Bildungsniveau wurde dabei auch berücksichtigt, ob im Haushalt der Befragten Kinder im Alter von unter 18 Jahren leben. Bei der Befragung wurde das Alter des jüngsten Kindes nicht erfasst, sodass mögliche Unterschiede zwischen den Eltern mit Kleinkindern und den Eltern mit größeren Kindern leider nicht abgebildet werden können. Hier wäre zu erwarten gewesen, dass Frauen und Männer mit Kleinkindern ein besonders starkes Interesse am Ausbau der Kinderbetreuung und an der Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung haben.

Wegen der immer noch bestehenden großen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bei der institutionellen Kleinkindbetreuung wurden bei den Analysen auch mögliche regionale Unterschiede überprüft. Die empirischen Ergebnisse unterstreichen die Wichtigkeit dieses Vorgehens, denn auch in der vorliegenden Untersuchung zeigt sich, dass bei einigen Fragen immer noch starke regionale Disparitäten zwischen West- und Ostdeutschland bestehen.

Sämtliche Analysen wurden zusätzlich auch getrennt für beide Geschlechtergruppen durchgeführt, denn bei einigen Fragen zeigen sich nicht nur deutliche Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern, sondern auch die berücksichtigten soziodemografischen Faktoren variieren für Frauen und Männer jeweils sehr unterschiedlich.

In den Grafiken zu den einzelnen Analysen werden die signifikanten bivariaten Ergebnisse dargestellt und einige Verteilungen, die nicht signifikant sind. Auf diese Ausnahmen wird im Text besonders hingewiesen.

Abbildungsverzeichnis

- 7 Abbildung 1
Verantwortlichkeit des Staates für einzelne sozialpolitische Aufgabenfelder
- 9 Abbildung 2
Verantwortlichkeit des Staates, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern
- 11 Abbildung 3
Gewünschte Änderungen staatlicher Ausgaben in einzelnen Bereichen
- 12 Abbildung 4
Gewünschte Änderungen staatlicher Investitionen in die Kitas
- 13 Abbildung 5
Gewünschte Änderungen staatlicher Ausgaben für das Kindergeld
- 15 Abbildung 6
Zusammenhang zwischen der Einstellung zur staatlichen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den gewünschten Änderungen der staatlichen Investitionen bei den Kitas
- 15 Abbildung 7
Zusammenhang zwischen der Einstellung zur staatlichen Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den gewünschten Änderungen der Staatsausgaben für das Kindergeld
- 17 Abbildung 8
Einstellung zu kostenloser Kleinkindbetreuung in Kitas
- 18 Abbildung 9
Wunsch nach Verbesserung der Qualität öffentlicher Kinderbetreuung durch den Staat
- 18 Abbildung 10
Zusammenhang zwischen der Forderung nach höheren staatlichen Investitionen in Kitas und Verantwortlichkeit des Staates für die Verbesserung der Qualität in der Kleinkindbetreuung
- 19 Abbildung 11
Zusammenhang zwischen der Forderung nach höheren staatlichen Investitionen in Kitas und nach kostenloser Betreuung von Kleinkindern in Kitas
- 21 Abbildung 12
Präferenz für kostenlose staatliche Dienstleistungen bei konstanten Geldleistungen

Literaturverzeichnis

- A.T. Kearney 2015: Vereinbarkeit wagen, Ergebnisse der dritten 361° A.T. Kearney-Familienstudie, www.atkearney.de/documents/856314/6352031/A+T+Kearney+361+Grad+Familienstudie+2015+-+Vereinbarkeit+wagen.pdf (17.7.2016).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2014: Familienreport 2014: Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin.
- BMFSFJ 2015: Fünfter Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes: Bericht der Bundesregierung 2015 über den Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2014 und Bilanzierung des Ausbaus durch das Kinderförderungsgesetz, Berlin.
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, Katharina 2004: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, Zeitschrift für Soziologie 33, Stuttgart.
- IfD Allensbach 2008: Familienmonitor 2008: Repräsentative Befragung zum Familienleben und zur Familienpolitik, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2010: Monitor Familienleben 2010: Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2011: Monitor Familienleben 2011: Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2012: Monitor Familienleben 2012: Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2013: Monitor Familienleben 2013: Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie, Allensbach am Bodensee.
- IfD Allensbach 2014: Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf: Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Elternpaaren im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Allensbach am Bodensee.
- Scheuer, Angelika; Dittmann, Jörg 2007: Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers: Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa, Informationsdienst Soziale Indikatoren 38, <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-38.pdf> (17.7.2016).
- Tietze, Wolfgang; Becker-Stoll, Fabienne; Bensel, Joachim; Eckhardt, Andrea; Haug-Schnabel, Gabriele; Kalicki, Bernhard; Keller, Heidi; Leyendecker, Birgit (Hrsg.) 2012: Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK), www.nubbek.de (17.7.2016).

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-544-1

Titelmotiv: © Frank Aussieker/VISUM
Gestaltung: www.stetzer.net
Druck: www.bub-bonn.de



